SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 29
03/98
4. Jahrgang

DROHENDES BOMBARDEMENT DES IRAK · POLIZEI NEUEN TYPS:
EUROPOL · NAZIS IN SCHWABACH · RECHTSHILFEBERATUNG · PROGRAMM
DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Der Stromgast?

Dafür, daß der Februar der kürzeste Monat des Jahres ist, war er im politischen Sinne doch sehr „bewegt". Dabei zu notierende Stichworte sind „Drohendes Bombardement des Irak", „Arbeitslosenbewegung", „Großer Lauschangriff", „AusländerInnenfeindliche Gesetzesnovelle" oder „NPD in Passau".

Ja, die USA und der Irak, eine neverending story: Die USA haben u. a. damit gedroht, zur „Vernichtung des irakischen Potentials an Massenvernichtungswaffen" auch „Penetrationsbomben" mit Atomsprengköpfen einzusetzen. Im diplomatisch lösbaren Streit um die UN-Abrüstungsinspektionen in Irak stellten die USA mit aller Vehemenz klar, daß sie notfalls im Alleingang einen Militärschlag gegen Irak zu führen entschlossen seien. Allerdings sei es „vorzuziehen, Saddam Hussein »zusammen mit den anderen Staaten« zu bezwingen". Genau diese Anti-Irak-Militärallianz stößt aber bisher - mit Ausnahme von England und Deutschland - nicht nur in der arabischen Welt, sondern sogar in Frankreich, Rußland oder Spanien auf Mißgunst. Mal sehen, wie weit der „mächtigste Mann der Welt" noch gehen wird, um durch das rigorose Zeigen außenpolitischer Härte und militärischer Durchsetzungs-

Inhaltsverzeichnis:

internationales

Gegen ein Bombardement des Irak! 6

antifa

14. März 1998: Antifaschistische Demonstration in Saalfeld 9
Willkommen in Schwabach! - Schluß mit dem Naziterror in Mittelfranken! 10
Antifaschistische Aktion gegen den NPD-Kongreß in Passau 12

politische gefangene

Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung 14

zentren häuser wagenplätze

Mao-Dadaistinnen foppen baden-württembergische Verfassungsschützer 16
Nachtrag zum Ende der Wagenburg „Hoppetosse" in Heidelberg 18

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im März 20

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 22
Kommt zur revolutionären 1. Mai-Demonstration in Mannheim 26

leserInnenbriefe

Eine Antwort aus Berlin auf „Geschichtsunterricht mit der AA/BO" 27
Anmerkungen zur Antwort der Autonomen Antifa Heidelberg (AA/HD) auf den Text „Geschichtsunterricht mit der AA/BO" 30
Dolchstoßende Argumente der Legendenbildung 32
Punk in Heidelberg oder wie das AZ HD seine Wurzeln verrät 35

anti-akw-bewegung

Castor-Alarm Neckarwestheim-Ahaus - Nix fährt mehr! 36

repression

Solidarität ist eine Waffe. Rechtshilfeberatung und Information 39

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im März 40

kraft sein angeschlagenes Image wieder auf „VorderMANN" zu bringen, die imperialistische Großmachtpolitik US-amerikanischer Prägung im Weltmaßstab abzusichern und via flächendeckender Bombardierung Iraks die innerkapitalistische Konkurrenz im zukünftigen Welt-Ölhandel zu eliminieren. Jedenfalls sind - auch wenn es gerade so aussieht, daß der Vermittlungsmission von UN-Generalsekretär Kofi Annan in Bagdad diplomatischer Erfolg beschieden ist -, im Falle eines US-Militärschlags gegen den Irak (Blockade-)Aktionen geplant - auch hier in Heidelberg. (Näheres dazu auf den Seiten 6-8)

Ja, klar, von einer „Arbeitslosenbewegung" französischen Ausmaßes kann bestimmt noch nicht gesprochen werden, aber immerhin sind am 05.02.1998 - nach Bekanntgabe der höchsen Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 1945 - bundesweit Zehntausende Erwerbslose auf die Straße gegangen. Vor allem Arbeitsämter waren die Orte, an denen sich - wie in Berlin - bis zu 2000 Menschen versammelten, um auf ihre desolate Lage aufmerksam zu machen. In Frankfurt am Main kam es sogar zur Besetzung des Arbeitsamtes durch etwa 100 DemonstrantInnen. Diese Proteste sollen jeden

"Durch die Aufteilung komplexer gesellschaftlicher Probleme und Fragen in begrenzte und spezialisierte Aufgaben, mit deren Bearbeitung dann sogenannte ExpertInnen beauftragt werden, soll erreicht werden, daß gesellschaftliche Verantwortung für diese nicht mehr wahrnehmbar erscheint oder/und sie sich selbst als nicht verantwortlich präsentieren können; somit werden die eigentlichen Machtstrukturen verschleiert. Diese Haltung ist in den herrschenden Verhältnissen Voraussetzung für Karriere, wissenschaftliche Reputation und Autorität."

Fritz Storim in

"Die Autorität der Wissenschaft, eine Stütze der herrschenden Verhältnisse"

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ Piranha MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://home.rno.de/azhd/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

Technologie: Artikel bitte auf 3 1/2-Zoll-Disketten im Textverarbeitungsprogramm Word for Windows 6.0

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Monat - immer dann, wenn die in Nürnberg ansässige Bundesanstalt für Arbeit die neuesten Horrormeldungen verkündet - durchgeführt werden. Wir hoffen, daß sie radikaler, gewerkschaftsunabhängiger und massenhafter werden und dann Widerstandsformen annehmen, die sich effektiver mit anderen sozialen Kämpfen verknüpfen lassen. (Hier in Heidelberg findet diese Aktion immer um 9.00 am/im Arbeitsamt statt; in Mannheim ist am 05.03.1998 eine Protestkundgebung gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau [siehe auch Veranstaltungskalender])

Ja, jetzt haben wir ihn also, den „Großen Lauschangriff" auf alles, was bisher als „heilig" galt. Der Bundesrat hat am 06.02.1998 mit Zweidrittelmehrheit der Änderung des grundgesetzlich verbrieften 13. Artikels „Die Wohnung ist unverletzlich" zugestimmt und damit folgende neue Zusatzregelungen bestätigt:

»Absatz 3: Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte, besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich womöglich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

Absatz 4: Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Ordnung, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

Absatz 5: Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.«

Für uns als „verfassungsfeindliche Gruppierung" stellt diese „Korrektur" im Grunde genommen „nur" eine logische Konsequenz aus jahrelang praktizierten Observierungs-Methoden dar, die jetzt „nur" ihre grundgesetzliche Ausformung und damit juristische Legitimation erhalten haben. (Auch wenn wir es in Zukunft vielleicht vermehrt mit den Folgen aus Absatz 4 zu tun haben werden, in welchem ganz grob von einer „dringenden Gefahr für die öffentliche Ordnung" die Rede ist, die es [»mit technischen Mitteln«] abzuwehren gilt.) Außerdem kann somit - aus der Sicht der bundesrepublikanischen Klassenjustiz - dem mit Hilfe rassistischer Klassifikationen aufgebauten „law and order"-Konstrukt der „Organisierten Kriminalität" wirksam Tribut gezollt werden. Wir fragen uns in diesem Zusammenhang nur noch, wer eigentlich die „Organisierte Kriminalität" wirklich ist und kommen zum Schluß, daß das nur der gewaltmonopolistisch fundierte Staat bürgerlich-kapitalistischer Prägung sein kann, in dem wir - hoffentlich nicht mehr allzu lange - unser Leben fristen müssen. (Also, Leute, gebt fein acht: Die »eigenen« vier Wände oder die anderer waren noch nie sicher und werden auch nie sicher sein.)

Ja, und dann hat der Bundesrat auch noch gleich die Verschärfung des ohnehin schon harten Asylbewerberleistungsgesetzes gebilligt. Diese »ausländerInnen«feindliche Gesetzesnovelle sieht vor, daß mehrere hunderttausend Flüchtlinge künftig keinerlei soziale Unterstützung mehr erhalten. Von dieser staatsrassistischen Maßnahme betroffen sind sogenannte „Illegale", aber auch „zur Ausreise verpflichtete" MigrantInnen, die über eine „Duldung" verfügen. „Keinerlei soziale Unterstützung" bedeutet der völlige Entzug von Sozialhilfe, Wohngeld und medizinischer Versorgung.

Ja, und zur „NPD in Passau" haben wir sowieso einen Bericht (Seiten 12/13).

Und auch vom (immer noch existierenden) Autonomen Zentrum haben wir im Februar wieder etwas mehr gehört. Abgesehen von ein paar „Ausrutschern", obligatorischen Streßaktionen mit stumpfen/dumpfen Provokateuren und „organisatorischen Schwierigkeiten" war die vom Café Tabula Rasa ausgerufene Aktionswoche vom 08. bis 15.02.1998 doch ein voller Erfolg. Wir können uns nicht erinnern, wann über einen *so* kurzen Zeitraum hinweg *so* viele Menschen den Weg ins AZ gefunden haben. Das war sie: die Mega-Woche schlechthin! Sie endete dann schließlich am Sonntag mit dem für alle offenen „Infotag". Von morgens bis abends war an diesem schönen Vorfrühlingstag nochmal volles Programm (Frühstück, Infostände, Flohmarkt, Fotoausstellung, offene Bühne, Vokü), das viele interessierte Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten angelockt hatte. Dem AZ und seinen BetreiberInnen ist zu wünschen, daß die kräfteverschleißenden Bemühungen um eine effektive Verankerung in der öffentlichen Meinung Heidelbergs den Erfolg haben, zum richtigen Zeitpunkt ein adäquates Ersatzgebäude angeboten zu bekommen, in dem die jetzigen politischen und gegenkulturellen Aktivitäten bruchlos fortgesetzt werden können - wie z. B. das äußerst gut besuchte **1. Autonome Triathlon** (22.02), an dem viele viel Spaß hatten. (Im übrigen teilen wir *nicht* die Meinung des Leserbriefschreibers Klausi Beimer [Seite 35], der dem AZ „Verrat seiner Wurzeln" vorwirft; das AZ ist für uns nach wie vor ein politischer und gegenkulturell orientierter Treffpunkt, der vielen Menschen die Möglichkeit bietet, vielfältigen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse zu leisten und kollektive Kräfte dort bündelt, wo sie ihr fundamentaloppositionelles Bewußtsein effektiv entfalten können.)

Wir fanden es übrigens sehr nett, daß wir letzten Monat von einigen Leuten für unser „lesbares", „»fremdwort«freies" Vorwort gelobt wurden: „Mensch hätte den Gedankengängen problemlos folgen können und auch nicht jede halbe Minute im »Fremdwörter«lexikon nachschlagen müssen." Okay, um bei einer Floskel des Vormonatsvorwortes zu bleiben: „Wir werden weiterhin unser Bestes tun." Zu den zahlreichen Texten in diesem dicken Heft gibt es noch zu sagen, daß wir denken, wieder eine ganz gute Auswahl aus dem uns vorliegenden Material getroffen zu haben. „Auffällig" war diesmal, daß wir im wahrsten Sinne des Wortes mit LeserInnenbriefen „überschwemmt" wurden - das macht genau 22,5% der Gesamtausgabe aus! Leider war - wie auch schon in den Jahren zuvor - unter all den uns rechtzeitig erreichenden Sachen wieder nichts zum 8. März. Schade, aber gerade hier in der Region scheint der organisierte FrauenLesben-Widerstand zur Zeit nicht (mehr) schlagkräftig genug zu sein, um diesen Internationalen Frauenkampftag für Aktionen und medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Das einzige, das wir mitbekommen haben, ist eine Ausstellung zum 8. März in Frankfurt und eine Veranstaltung der Graswurzelrevolution zur Rolle der Frau im vorrevolutionären Rußland...

Wir selber planen für die nächsten Ausgaben eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Thema „Innere Sicherheit", eine Fortsetzung unserer Interview-Reihe mit dem antifaschistischen Infotelefon **Garfield** und die Veröffentlichung eines längeren Textes der *Autonomen Antifa HD* zu „Nazis in Schweden".

Gewidmet ist diese *Sabo* der 34jährigen Sprachlehrerin Petra Elser, die seit Ende 1996 im Pariser Frauenknast Fresnes sitzt. Ihr wird nicht nur „illegaler Waffenbesitz" vorgeworfen, sondern auch - vor allem! - Verbindungen zur baskischen Befreiungsbewegung „Euskadi ta askatasuna - Eta". Ihr Lebensabschnittsgefährte Juan Luis Aguirre Lete, mit dem sie in Südfrankreich in eine Fahrzeugkontrolle geraten und daraufhin festgenommen worden war, ist laut spanischer Polizei ein „Topkader" der Eta. Deshalb hat Spanien ein Auslieferungsbegehren an Frankreich gerichtet, um Petra vor das spanische Sondergericht Audiencia Nacional bringen zu können. Dort soll dann klassenjustiziell nachgewiesen werden, daß sie ihre Wohnung dem Madrider Kommando der Eta als Operationsbasis zur Verfügung gestellt hat. Wir fordern die sofortige Freilassung Petra Elsers.

Das autonome Redaktionskollektiv

Gegen ein Bombardement des Irak!

*Der folgende Text war der Aufruf zur Kundgebung „*Gegen ein Bombardement des Irak - Dem ohnmächtigen Zuschauen ein Ende*", die am 21.02.98 auf dem Anatomieplatz in Heidelberg abgehalten wurde. Sie wurde von einem breiten politischen Bündnis unterstützt. An der Kundgebung beteiligten sich etwa 70 Menschen. Die Reaktionen der PassantInnen auf Kundgebung und Infostand waren überwiegend positiv. Die Aktion kann durchaus als erster Schritt hin zu einer neuen Anti-Kriegs-Bewegung innerhalb der Heidelberger Linken gewertet werden. Dies war bestimmt nicht die letzte Aktion zu dieser Thematik. Achtet auf weitere Ankündigungen!*

-Sabotage

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die USA und England einen erneuten Militärschlag, d. h. ein massives Bombardement irakischer Städte und Einrichtungen durchführen wollen. Die Opfer werden wieder die Menschen im Irak sein.

Die Medien werden auf Kurs gebracht, die diplomatische Maschinerie läuft auf Hochtouren, nur diesmal noch ein Stück dreister als damals: Selbst ein Veto im UN-Sicherheitsrat würde laut Clinton die USA nicht davon abhalten, im Alleingang loszuschlagen. Kein Land wurde vom Irak überfallen, kein Anlaß ist so geheuchelt wie die Behinderungen der UN-Kontrolleure. Schließlich würde niemand auf die Idee kommen (oder wäre in der Lage), die USA zu bombardieren, weil Washington ebenfalls ABC-Waffen in unbekannten Mengen lagert. Die große Koalition aus Kohl, Scharping, Kinkel und Rühe steht schon Gewehr bei Fuß, bietet „logistische" Unterstützung an und wartet nur auf den Ruf an die Bundeswehr, die gestern noch rechtsextrem war und morgen schon wieder „Friedenstruppe" genannt werden soll.

Dem ohnmächtigen Zuschauen ein Ende!

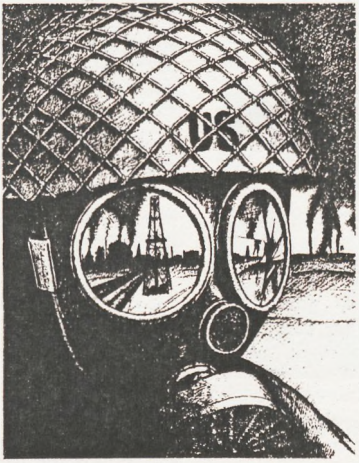
Der letzte Golfkrieg und das anhaltende Embargo haben unterschiedliche Schätzungen und den dabei zugrunde gelegten Kriterien zufolge zusammen 300.000 - 1 Millionen Tote gefordert. Unmittelbar nach dem Krieg sprach die UN davon, der Irak sei „in das vorindustrielle Zeitalter zurückgebombt" (Zit. nach FAZ vom 10.02.98) worden. Es gibt überhaupt keinen Grund anzunehmen, daß die Zivilbevölkerung diesmal geschont werden wird. Die Lügen der Medien über angebliche neue zielgerichtete Waffen der US-Luftwaffe, die Hinführung der westlichen Bevölkerung zur Zustimmung oder zumindest stillschweigenden Duldung des größten Bombardements seither durch dienstbeflissene JournalistInnen sind im vollem Gange. Dem ohnmächtigen Zuschauen ein Ende! Setzen wir den Kriegsvorbereitungen handfesten Widerstand entgegen, in der Hoffnung, eine neue Antikriegsbewegung zu entfachen, die damals so etwas wie internationale Solidarität dokumentierte und hierzulande daran mitbeteiligt war, daß der bereits geplante erste Bundeswehrkriegseinsatz noch um ein paar Jahre aufgeschoben werden mußte.

Hintergründe zum drohenden Golfkrieg

Die USA mißt bei ihren Militärschlägen mit zweierlei Maß: Es gibt eine große Zahl eindeutiger Resolutionen der UN-Vollversammlung, die aufgrund der Blockadepolitik der USA und Englands zu keinerlei Konsequenzen oder Sanktionen führten. Die USA selbst haben das größte Arsenal von ABC-Waffen auf der ganzen Welt. Schon daran kann man/frau sehen, daß das Kriegsmotiv nicht der Besitz solcher Massenvernichtungswaffen ist, sondern die Frage, ob die Interessen der solche Waffen Besitzenden demjenigen der USA entgegenstehen. Der bevorstehende Militärschlag ist durch bestehende UN-Resolutionen nicht gedeckt. Daß dies in der Kriegspropaganda kaum noch eine Rolle spielt oder daß US-

Offizielle wider besseren Wissens behaupten, die UN-Beschlüsse reichten für eine Militärintervention aus, zeigt nur, daß eine scheinbare Legitimation durch die UN insgesamt weit weniger wichtig genommen wird als noch zu Zeiten des zweiten Golfkriegs. Die USA verweigern prinzipiell jedes Verhandeln und schmieden ihr Bündnis für einen verheerenden Krieg gegen den Irak. Außerdem hat Clinton inzwischen erklärt, daß auch gegen ein Veto im UN-Sicherheitsrat der Militärschlag durchgeführt wird.

Niemand darf vergessen, daß gegen den Irak durch das UN-Embargo seit sieben Jahren Zwang mit massiver Gewalt ausgeübt wird. Dieses Embargo betrifft alle Lebensbereiche des Landes und hat mittlerweile ein mehrfaches der Opfer unter der Bevölkerung gefordert, als das wochenlange Bombardement seiner Städte zuvor.



In vorauseilendem Gehorsam, das hatte schon der letzte Golfkrieg und auch der Jugoslawienkrieg gezeigt, mehren sich die Kommentare von KriegsbefürworterInnen und SchreibtischtäterInnen von FAZ bis taz. Als Grund für die erneute Aggression der USA gegen den Irak muß immer wieder die Behinderung der UN-KontrolleurInnen und der zum absoluten Bösen hochstilisierte Diktator Hussein, der angeblich die ganze Welt erobern will, herhalten. So berechtigt eine Kritik der inneren Repression durch die irakische Regierung auch ist, im Moment kann es nur darum gehen zu versuchen, die irakische Zivilbevölkerung vor dem unmittelbar bevorstehenden US-Angriff zu schützen. Vergessen wird zudem immer wieder, daß die irakische Regierung durch westliche Waffenhilfe überhaupt erst ihre Machtposition aufbauen konnte und im Interesse des Westens und der arabischen Nachbarstaaten den Krieg gegen den Iran geführt hat. Hussein galt dem kapitalistischen Westen damals als „Gemäßigter". Dies änderte sich beim zweiten Golfkrieg schlagartig, plötzlich wurde er als „Wiedergänger Hitlers" gehandelt. Daß ein diktatorisches Regime wie Saudi Arabien als Verbündeter der USA am letzten Golfkrieg teilnahm, zeigt beispielhaft, daß die Frage von Demokratie oder Diktatur nur vorgeschoben ist.

Hinzu kommen innenpolitische Gründe der USA, den Krieg zu führen, wenngleich diese nicht ausschlaggebend sein mögen: in Wahlzeiten ist es für einen Präsidenten immer förderlich, per Kriegspropaganda den Nationalstolz zu aktivieren, um eine möglichst große Identität zwischen Regierten und Regierenden herzustellen. Außerdem kann mittels eines Krieges nach außen immer auf einfache Weise von innenpolitischen Schwierigkeiten abgelenkt werden.

Ein wesentlicher Grund für den US-Waffengang ist die ungehinderte Fortführung des Ölhandels zu für den Westen genehmen Bedingungen. Eine Regionalmacht Irak und die „Gefahr" der Einigung der arabischen Länder zu einem den westlichen Interessen entgegen stehenden Block stellen eine potentielle Bedrohung dieses Interesses der Sicherung von Rohstoffquellen dar. Sehr pointiert gab ein Berater von Präsident Bush den Grund für den zweiten Golfkrieg wie folgt an: „Wir brauchen des Öl. Es klingt gut, vom Eintreten für die Freiheit zu reden. Aber Kuwait und Saudi-Arabien sind auch nicht gerade Demokratien. Wenn ihre wichtigsten Exportprodukte Orangen wären, dann hätte ein mittlerer Beamter des Außenministeriums eine Stellungnahme [zur irakischen Aggression] abgegeben und wir hätten das Außenministerium für den August geschlossen." (Time, 20.08.90)

Noch vor wenigen Monaten war angedeutet worden, daß die Sanktionen für den Irak gelockert

werden sollten, weil erstens schon die meisten Waffenarsenale vernichtet worden waren (vgl FR vom 14.02.98) und zweitens Mächte wie Frankreich, China, Rußland und Kanada sich in Vorverträgen mit dem Irak das Recht zur zukünftigen Ausbeutung irakischer Ölfelder gesichert haben. Großbritannien und die USA werden aber mittelfristig keine Geschäfte mit der irakischen Regierung machen können. „Auch Deutschland, das die amerikanische Haltung unterstützt, wird sich im Irak nicht weiter um Aufträge bemühen müssen: Saddam Hussein hat für die Zukunft auch deutsche Unternehmen - vor dem Krieg die wichtigsten Partner des Irak - von der Auftragsvergabe grundsätzlich ausgeschlossen". (FAZ 10.02.98) Ein wichtiger Faktor bei der Motivation der USA für den Waffengang ist demnach die Ausschaltung innerkapitalistischer Konkurrenz im zukünftigen Ölhandel.

Gegen eine Unterstützung des Kriegs durch die BRD!

Bundeskanzler Kohl hat bereits die Zurverfügungstellung logistischer Mittel und in der BRD befindlicher Militärbasen der US-Armee für den Krieg bekanntgegeben und die „volle politische Unterstützung" der BRD zugesichert. Daraus ergibt sich das nationale politische Interesse der Herrschenden in der BRD, im Schlepptau und durch Unterstützung dieses Kriegs noch mehr machtpolitischen Einfluß zu gewinnen. Es besteht bei einem solchen Krieg trotz anfänglich gegenteiliger Äußerungen die ständige Gefahr, daß plötzlich doch ein Vorwand für einen Kampfeinsatz der Bundeswehr gefunden wird. Das wäre schon deshalb zynisch, weil 86 Firmen aus Deutschland direkt an der Giftgas-Connection in den Irak beteiligt waren. Der deutsche Ingenieur Karl-Heinz Schaab gilt als Schlüsselfigur des irakischen Raketenprogramms, Scud-Raketen waren mit deutscher Hilfe so umgebaut worden, daß sie Israel erreichen. (vgl. „Zeit" vom 05.02.98)

Kein Krieg am Golf!
Sofortige Aufhebung des Embargos!
Keine politische, logistische oder militärische Unterstützung durch die BRD!

Gewaltfreie Aktionsgruppe HD - Antifaschistische Jugendaktion HD - Vollversammlung des Autonomen Zentrums HD - Zeitung Sabotage - Cuba Solidarität HD - Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden - Red. Graswurzelrevolution Süd - Castorgruppe HD - Deutsche Kommunistische Partei HD - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen HD - Deutscher Freidenker Verband HD - Partei des Demokratischen Sozialismus HD - Grün Alternative Jugend Eppelheim - Autonome Antifa HD - Deutsch-Ausländischer Solidaritäts-Verein - Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität - Jugoslawien-Bulletin - AG Junge GenossInnen in und bei der PDS Rhein-Neckar - Red. Contraste HD

Das Antifa-Info aus dem Rhein-Neckar-Raum

Neu!

ARNie INFO EXPRESS

Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presseschau
und den aktuellen Ansagen des Infotelefon Garfield
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informations-Lücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben (incl. Porto)

Ich will ARNie haben ❑ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben
❑ als Probeexemplar für 3,- DM
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69236 Neckarsteinach

14. März 1998: Antifaschistische Demonstration in Saalfeld

Stoppt faschistische und rassistische Übergriffe!

Am 11. Oktober hätte in Saalfeld (Thüringen) eine antifaschistische Demonstration stattfinden sollen. Sie wurde jedoch verboten und von einem martialischen Polizeiaufgebot verhindert. Die ca. 400 Festgenommenen waren Re-pressalien unterworfen, die eine neue „Qualität" in der staatlichen Anti-Antifa-Politik darstellen. Gegen dieses Vorgehen der örtlichen Behörden und selbstverständlich auch erneut gegen die starke faschistische Szene in Saalfeld und Thüringen wendet sich nun der erneute Versuch einer Demonstration in Saalfeld. Wir halten die Demonstration für äußerst brisant, angesichts der Stärke der Nazi-Szene in Thüringen, den angekündigten Aktionen der FaschistInnen gegen die Demo und nicht zuletzt, weil dem Terror der staatlichen Stellen gegen eine antifaschistische Demonstration vehement begegnet werden muß. Die Rechnung des Staates darf nicht aufgehen!

Der folgende Aufruf wurde am 26.01.98 von Antifa-Gruppen, GewerkschafterInnen, PDS- und Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Mitgliedern sowie anderen AntifaschistInnen beschlossen. Wir werden einen Bus zur Demo in Saalfeld organisieren. Karten sind im Infoladen Moskito im AZ erhältlich. Bitte überlegt Euch frühzeitig, ob Ihr mitfahren wollt, um uns die Planung zu erleichtern. Danke! und: ***Antifa heißt Angriff!***

Autonome Antifa Heidelberg

»Wir werden am Samstag, den 14. März 1998 in Saalfeld für antifaschistisches Denken und Handeln demonstrieren. Weil am 11. Oktober 1997 mit dem martialisch durchgesetzten Demonstrationsverbot in neuer Qualität deutlich geworden ist, wie sehr die staatliche Politik ungebetene Meinungen in der Öffentlichkeit repressiv verhindern will, ist es für uns als AntifaschistInnen eine Pflicht, gegen jeden rechten Konsens unsere Stimme zu erheben. Dies erst recht, wenn die staatliche Politik Naziaktivitäten deckt, die Opfer der Nazi-Attacken und -angriffe in der Öffentlichkeit häufig gar zu TäterInnen gemacht werden und gleichzeitg antifaschistischer Widerstand kriminalisiert wird.

Ein zur Staatsdoktrin erhobener „Extremismus"-Begriff zur Gleichsetzung von Nazis und AntifaschistInnen, eine rassistische Politik gegen MigrantInnen, ein Lokalpatriotismus seitens der örtlichen PolitikerInnen, eine besonders unter Jugendlichen starke, offen auftretende faschistische Szene, die gegen alles zu Felde zieht, was nicht in ihr treudeutsches Weltbild paßt, und die für die Öffentlichkeit nicht existent zu sein scheint, und die öffentliche Umdeutung von faschistischen Übergriffen in unpolitische Gewalt. Aus diesem Geflecht erwächst der rechte Konsens, von dem hier die Rede ist und auf den sich antifaschistische Politik allerorten gefaßt machen muß, wenn Widerstand gegen Nazis geleistet werden soll. Die Rechten werden ihre „national befreiten Zonen" - Einschüchterung aller Andersdenkenden, rechte Meinungsführerschaft, gezielter Terror - immer stärker durchsetzen, wenn dem nicht mehr BürgerInnen Einhalt gebieten.

Am 11. Oktober 1997 wurde in Saalfeld erstmals eine antifaschistische Bündnisdemonstration staatlicherseits verhindert. Unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen!" sollte gegen die neofaschistische Szene demonstriert werden. Gleichzeitg ging es darum, die Ursachen für das Erstarken und ihre Duldung zu thematisieren. Eingebettet in eine Diffamierungskampagne gegen die OrganisatorInnen, geführt von Teilen der Lokal- und Landespolitik, der Lokalpresse und Behörden, ereilte die geplante Demonstration ein folgenschweres Verbot durch das Landratsamt. Mit einer Gleichsetzung von links und rechts wurde das Verbot begründet und in einem ungerechtfertigten Polizeieinsatz mehr als 400 AntifaschistInnen festgenommen und unter schikanösen Umständen teilweise für mehrere Tage in einem eigens dafür eingerichteten Sondergefängnis festgehalten.

Trotz alledem fanden am 11. Oktober 1997 spontan an verschiedenen Orten mehrere friedliche Demonstrationen gegen das Verbot mit rund 1500 AntifaschistInnen statt.

Das Saalfelder Verbot hat in München (08.11.1997), Freiberg (01.11.1997) und Dresden (24.01.1998) bereits seine Nachahmer gefunden und droht zum Modell zu werden.

Wir rufen zur Beteiligung an der antifaschistischen Demonstration am 14.März 1998 in Saalfeld auf!«

Willkommen in Schwabach!
Schluß mit dem Nazi-Terror in Mittelfranken!

Am 18. April findet im fränkischen Schwabach eine Demonstration gegen die dortigen verstärkten Naziumtriebe und ihre Förderung durch Stadt und Polizei statt. Schwabach entwickelte sich in den letzten Monaten immer mehr zu einem Zentrum neofaschistischer Aktivitäten in Mittelfranken. Unter der Anleitung bekannter Nazi-Führungskader hat sich eine feste rechtsradikale Szene von etwa 70 Neonazis in Schwabach etabliert. Der folgende Text wurde uns mit der Bitte um Veröffentlichung von der Autonomen Jugend Antifa Nürnberg *geschickt.*

-Sabotage

Schwabach, eine kleine Stadt 15 Kilometer südlich von Nürnberg, hat mit 37307 EinwohnerInnen den geneigten LeserInnen dieses Textes so eigentlich ganz und gar nichts zu bieten. Aber schauen wir, was die Städteinformation zu bieten hat:

„Wer nach Schwabach kommt, wird weniger die ganz großen Schätze der europäischen Kultur suchen. Was er aber auf alle Fälle finden wird, das sind reizvolle Winkel einer typisch fränkischen Stadt mit liebevoll gepflegten Gebäuden, die Geschichte erzählen und echte Kleinode sind. Die gute Stube ist der mehrfach ausgezeichnete historische Marktplatz ...“

Das ist aber nicht alles, was Schwabach zu so einem attraktiven Städtchen macht, denn hin und wieder dient der „historische Marktplatz“ auch wieder neuen-alten und vor allem stolzen deutschen Ideen als Plattform. So wurde der zentrale Punkt der Kleinstadt der NPD für eine Kundgebung zur Verfügung gestellt, die unter dem Motto „Tag der Rumpfvereinigung“ [am 3. Oktober 1997, Anm. d. Red.] stand. Die NPD konnte so zum ersten Mal (im SPD-regierten Schwabach) unter dem engagierten Schutz des Unterstützungskommandos (USK) und der Polizei ihren faschistischen und menschenverachtenden Dünnschiß verbreiten. Nach Herzogenaurach hat sich nun Schwabach innerhalb des letzten Jahres zum neuen Sammelbecken der fränkischen Naziszene entwickelt. Hier gibt es mittlerweile drei als feste Treffpunkte etablierte Kneipen, in denen sich regelmäßig 80 bis 100 Neo- und Altfaschisten treffen.

Nun ist es in Schwabach noch nicht wie in anderen Städten, daß es zum Beispiel ein nationales Schulungszentrum oder ähnliches gibt. In Schwabach zeigt sich eine für die Öffentlichkeit fast unauffällige, aber drastische Entwicklung: Es ist die Masse der vielen kleinen Faktoren, die hier aufeinandertreffen und Schwabach zur Hochburg der fränkischen Naziszene machten. Dazu kommt, daß es bisher in Schwabach kaum Gegenöffentlichkeit gab und somit das rechtsradikale Gedankengut auf einen nährstoffreichen Boden gefallen ist.

Blicken wir zurück: Hier gab es schon immer einige Naziskins, die aber allein und unorganisiert nie eine große Gefahr darstellten. Erst als sich Naziskins und organisierte Faschos aus Nürnberg und Umgebung dazugesellten, begann sich hier eine immer größer werdende Bedrohung, vor allem für die wenigen Punks, abzuzeichnen.

Die Zahl der Übergriffe auf linke Jugendliche

stieg unbemerkt von der Öffentlichkeit immer mehr an. Dies zeigte sich zuerst durch immer häufiger stattfindende Angriffe und Hetzjagden auf Punks in Schwabachs Straßen. Danach folgten ständiges Fotografieren vermeintlicher GegnerInnen durch die „Anti-Antifa" und eine Flugblattaktion der „Revolutionären Nationalisten - Aktionsgruppe", in der zur Bürgerwehr gegen das letzte Punkkonzert im lokalen JUZ aufgerufen wurde. Die Durchführung des Konzerts wurde somit durch ein massives Polizeiaufgebot und Auflagen der Stadt fast unmöglich gemacht. Das war der bis dahin größte Auftritt der „nationalen Feinderkennungsgruppe".

Im Herbst 1997 folgte dann Schlag auf Schlag. Die Synagoge wurde mit Hakenkreuzen und ähnlichem „verziert", der „Tag der Rumpfvereinigung" öffentlichkeitswirksam begangen und zu guter letzt ein Fackelzug zur Ehrung der Gefallenen des Hitlerputsches 1923 auf dem Schwabacher Friedhof durchgeführt! Eine in der Öffentlichkeit viel zu spät ausgelöste Diskussion über Jugendliche und Rechtsradikalismus zeigte deutlich das Denken der Stadtoberen und kulturell Engagierten: Erst mal reden und abwarten, und vor allen Dingen mit „diesen Jugendlichen" immer wieder diskutieren ... Bei dieser öffentlichen Diskussion fanden sich etwa 80 Faschisten ein, die somit die Hälfte der DiskussionsteilnehmerInnen ausmachten und die Anzahl von fünf AntifaschistInnen verschwindend gering erscheinen ließ. Diese fünf sahen sich mal wieder einer völlig übertriebenen „Feinderkennung" und Bedrohung ausgesetzt. Die delikatesten „Schmankerl" dieser Diskussion lieferten die städtischen VeranstalterInnen und der Ausländerbeirat.

Der Ausländerbeirat entschuldigte sich bei den anwesenden Nazis dafür, daß er so undemokratisch war und durch Schreie die NPD Kundgebung am 3. Oktober gestört hat. [Der hatte wahrscheinlich die Hosen gestrichen voll, angesichts von 80 Nazis! Anm. d. Red.] Die Verantwortlichen des JUZ sprachen sich für eine akzeptierende Jugendarbeit aus und boten den Faschos im Jugendzentrum Räume zur „Selbstverwirklichung" und „Integration mit Ausländern" an. Vor allem die anwesenden Jungnazis drückten medienwirksam auf die Tränendrüse, was in der Presse zur Darstellung der „armen Rechtsradikalen" führte. Pressezitat: „„Ausländer bekommen Clubs", hieß es von Seiten eines Diskussionsteilnehmers, „wir aber haben keine Clubräume und dürfen keine Konzerte veranstalten, weil wir rechtsradikal sind"."

Der Polizeipräsident ließ im Verlauf der Diskussion verlauten, daß weder links- noch rechtsextreme Gewalttäter toleriert werden, womit der das Diskussionsthema genau ins Schwarze lenkte.

Ja, und so läuft diese Entwicklung langsam weiter. Die Stadt wird mit faschistischen Plakaten und sonstiger Propaganda zugebombt, das JUZ ist offen für Nazis und die Toleranz von Seiten der Stadt, Polizei und Medien wird für sie immer größer. Niemand unternimmt was, und diejenigen, die dem Naziterror etwas entgegensetzen wollen, trauen sich vor Angst schon nicht mehr auf die Straße. Geographisch sind Gegenden wie Wurzen und Magdeburg weit weg, doch dauert es so nicht mehr lange, bis Schwabach als erste süddeutsche Stadt auf der Landkarte der „national befreiten Zonen" erscheint.

Es ist Zeit etwas zu tun ...

Wir dürfen nicht zusehen, wie die Nazipest AusländerInnen, Punks und Andersdenkenden die letzten Freiräume nimmt, und mit Unterstützung der politischen Führung ihre Ghettos aufbaut. Wir dürfen nicht hinnehmen, wie AntifaschistInnen kriminalisiert und Nazis in aller Ruhe, und staatlich gefördert, agieren können.

Demonstration

„Es gibt kein ruhiges Hinterland!
Schluß mit dem Nazi-Terror in Schwabach"
am Samstag, 18.04.1998, um 13.00 Uhr
am Bahnhof in Schwabach (Mittelfranken).

Autonome Jugendantifa Nürnberg
c/o Libresso
Peter-Vischer-Straße 25
90403 Nürnberg

Antifaschistische Aktion gegen den NPD-Kongreß in Passau

3500 FaschistInnen gelangen nur unter Polizeischutz in die Nibelungenhalle

Insgesamt 4000 überwiegend autonome AntifaschistInnen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten sich am 7. Februar an dem antifaschistischen Aktionstag im bayerischen Passau und der Demonstration unter dem Motto *„Gegen den NPD-Kongreß vorgehen! Zusammen kämpfen gegen Polizeistaat und rassistische Hetze!“* (siehe *Sabotage* 02/98) im bayerischen Passau. Zu beidem hatten die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation und zahlreiche andere Antifa-Gruppen aufgerufen und mobilisiert.

Die Stadt war bereits seit Tagen geprägt durch verschärfte Polizeikontrollen. Am Tag des Kongresses selbst waren mehrere Hundertschaften Schutz- und Bereitschaftspolizei sowie Bullen des berüchtigten Unterstützungskommandos (USK) im Einsatz. Etwa 20 Kilometer vor Passau war die Autobahn in eine Kontrollstelle der Polizei umfunktioniert worden. Busse und Pkw der Anreisenden wurden durchsucht, mehrere FaschistInnen wurden wegen Waffenbesitzes und des Tragens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen festgenommen.

Der „Tag des nationalen Widerstandes“ wurde zum „Tag der antifaschistischen Aktionen“ - die verschiedensten Aktionsformen gegen die organisierte Neonaziszene fanden am 7. Februar in Passau ihre Anwendung.

Schon in den frühen Morgenstunden kam es auf einer Autobahnraststätte zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und NPD-Nazis, die versuchten, einen Bus mit GenossInnen anzugreifen. Die FaschistInnen konnten jedoch erfolgreich zurückgeschlagen werden.

Zahlreiche NPDlerInnen kamen schon vor 9.00 Uhr morgens zur Nibelungenhalle, um den Protesten aus den Reihen der Passauer BürgerInnen und AntifaschistInnen zu entgehen. Die Stadt Passau hatte mit einer vorzeitigen Öffnung der Halle der Blockade und antifaschistischen Gegenaktionen einen Großteil des Windes aus den Segeln genommen und der NPD, die bereits *vor* den angekündigten Gegenaktionen die Halle zur Hälfte mit ihren AnhängerInnen füllen konnte, somit einen Bärendienst erwiesen.

Trotzdem waren über 2000 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Passau und der gesamten BRD bereits um 9.30 Uhr vor Ort, um den Aufruf des „Passauer Aktionsbündnis Zivilcourage“, die Nibelungenhalle zu blockieren, in die Tat umzusetzen. Ein konsequentes Vorgehen gegen die FaschistInnen kam jedoch nur sehr zögerlich in Gang, wozu sicherlich auch die Präsenz der Prügeleinheiten des USK beitrug.

Nachdem sich die Antifas orientiert und erkannt hatten, daß die Polizeikräfte trotz ihres massiven Auftretens nicht in der Lage waren, die Blockaden aufzulösen, kam es immer wieder zu direkten Angriffen auf FaschistInnen und zu erfolgreichen Blockadeaktionen, bei denen bürgerliche und linksradikale GegendemonstrantInnen oftmals prima zusammenarbeiteten; viele Neonazis kamen nicht in die Halle, um ihren Führern zu huldigen; ganze 18 Busse mit FaschistInnen wurden von der Polizei aufgrund des konsequenten Widerstandes autonom-antifaschistischer Kräfte zurück nach Hause geschickt. Nach inoffiziellen Angaben mußten elf Busse den Heimweg mit unfreiwilliger Durchlüftung antreten - Antifas hatten die Busse mit gezielten Stein- und Flaschenwürfen teilweise komplett entglast.

Viele Neonazis (vor allem jugendliche Boneheads waren BesucherInnen des Kongresses) wurden von der Polizei in einer Art Spießrutenlauf in die Halle geschleust, zum Teil wurde der Weg durch die Blockaden auch von der Polizei freigeprügelt, da sie sonst den Weg durch die entschlossenen BlockiererInnen nicht gefunden

und auf dem Weg zum Kongreß ihre Probleme gehabt hätten.

Am Nachmittag formierte sich am Rathausplatz die antifaschistische Demonstration. Nach zwei kurzen Redebeiträgen setzte sich der Zug mit etwa 3000 AntifaschistInnen in Bewegung - begleitet von einem Wanderkessel der Polizei und nahezu schutzlos gemacht durch die unzähligen Auflagen des bayerischen „Frei"-staates: keine Vermummung, keine Seitentransparente, keine Fahnenstangen mit über 2 cm Durchmesser oder Kantenlänge usw. Dennoch lief die Demonstration für Passauer Verhältnisse ohne größere Probleme ab - zumindest bis zur Abschlußkundgebung. Mit brutalen Schlagstockeinsätzen prügelten sich USK-Bullen ihren Weg in die Menge der AntifaschistInnen, um sich einzelne Personen herauszugreifen, die vorher anhand von Fotos als angebliche „RädelsführerInnen" o. ä. identifiziert worden waren.

Insgesamt wurden an diesem Tag 40 AntifaschistInnen festgenommen, die jedoch alle bis zum nächsten Morgen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Trotz der oftmals wenig koordinierten Aktionen und des massiven Aufgebots der Polizei kann der Tag als Erfolg gewertet werden. Passauer BürgerInnen und militante AntifaschistInnen versuchten gemeinsam - zum Teil sogar Hand in Hand - gegen den Kongreß der neofaschistischen NPD vorzugehen. Viele dieser Aktionen waren von Erfolg gekrönt, hätten sie auch manchmal etwas entschlossener sein können. Militante Aktionen ergänzten sich mit friedlichen Blockadeformen zu einem durchaus effektiven Widerstand. Das nächste Mal werden wir jedoch noch früher aufstehen müssen.

Zum Erfolg hinzuzuzählen sind die vielen AntifaschistInnen, die aus der gesamten BRD nach Passau gekommen waren - in der Erwartung eines anstrengenden Tages mit Aussicht auf einen Aufenthalt in einer bayerischen Zelle (was für diese Stadt und den „Frei"-staat nichts besonderes wäre).

Auch die NPD, namentlich ihr Vorsitzender Udo Voigt, wertet den Tag leider als Erfolg, war es ihr doch gelungen, Kader des gesamten neofaschistischen Spektrums nach Passau zu holen. Voigt hat es in der Zeit seines Parteivorsitzes geschafft, die NPD und v.a.. ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) zu einer Partei der „nationalen Jugend" umzuformen, weg vom Image der Partei der verknöcherten Alt-Nazis. Nach dem Auffangen von FaschistInnen aus den verbotenen Parteien und Organisationen sieht sich die NPD jetzt als führende Kraft im „nationalen Lager". Verdeutlicht wurde das auf dem Kongreß durch die Anwesenheit der Kader verbotener Gruppen, wie z. B. Friedhelm Busse (Freiheitliche Arbeiterpartei, FAP), Christian Worch (Nationale Liste, NL), Jürgen Rieger (Nationalistische Front, NF), Wolfram Nahrath und Frank Rennicke (beide Wiking Jugend, WJ) und viele andere. Dabei geht es der NPD inzwischen nicht mehr darum, Wahlerfolge zu erlangen, sondern sie versucht, eine nationale Sammlungsbewegung zu etablieren, die jenseits der rechtsradikalen Wahlparteien Republikaner und DVU eine „nationale außerparlamentarische Opposition" darstellen soll. Am 1. Mai 1998 wird die NPD wieder versuchen, unseren revolutionären Kampftag für sich zu vereinnahmen. Mit einer „Verbindung von sozialer und nationaler Frage" will sie versuchen, die „deutschen Arbeiter" für sich zu gewinnen und in Leipzig 20000 AnhängerInnen vor dem Völkerschlachtdenkmal zu versammeln.

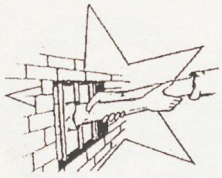
Das gilt es zu verhindern! Wie bereits gesagt: wir müssen noch früher aufstehen.

Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten!

Antifa heißt Angriff!

Autonome Antifa Heidelberg
organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION



Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!

Wir rufen dazu auf, sich an den Aktivitäten zum 18. März 1998 zu beteiligen. Wir wollen diesen Tag als bundesweiten Aktionstag für Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung weiter verankern. Machen wir den 18. März gerade auch zu einem starken Ausdruck der Solidarität mit den politischen Gefangenen. Wir fordern alle linken und fortschrittlichen Gruppen auf, in vielfältiger Weiser in Aktion zu treten. In ca. 20 Städten und Regionen fanden in den vergangenen zwei Jahren Veranstaltungen, Kundgebungen und andere Aktionen statt. Daran wollen wir 1998 anknüpfen.

Solidarität ist Grundlage linker Politik

In allen kapitalistischen Staaten dient die (Klassen)justiz der Sicherung der herrschenden Ordnung. Seitdem es politische Justiz gibt, ist es ihre Aufgabe, einzelne aus revolutionären und oppositionellen Bewegungen zu reißen und in die Knäste zu sperren; mit dem Ziel, die Einheit und Entschlossenheit der Kämpfe zu zersplittern, die jene für eine Gesellschaft fechten, in der die freie Entfaltung des Individuums die Bedingung ist für die freie Entfaltung aller.

Solidarität ist und bleibt die wichtigste Grundlage der Linken. In der Solidarität mit den politischen Gefangen vermag sich das gemeinsame Ziel der Kämpfe, die solidarische Gesellschaft, abzubilden.

Hoch die internationale Solidarität!

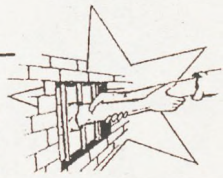
Alle Kämpfe um soziale Emanzipation müssen von veränderten Bedingungen ausgehen. Nach der Auflösung des sozialistischen Staatenbundes nutzt das Kapital alle neu entstandenen Möglichkeiten für seine scheinbar unaufhaltsame globale Expansion. Eine „neue Weltordnung" ist ausgerufen worden, „Demokratie und Menschenrechte" werden als imperialistische Kampfbegriffe ins Feld geführt, um Profitsteigerung und kapitalistische Verwertbarkeit politisch zu legitimieren und wirtschaftspolitisch und militärisch durchzusetzen.

Aber weltweit werden sich immer wieder Menschen zusammenfinden, um gegen diese „neue Weltordnung" anzukämpfen. Und wo Menschen sich auflehnen, sind sie von Verfolgung, Repression und Mord bedroht und sollen in den Knästen verschwinden - am besten für immer. Tausende politische Gefangene kämpfen um das nackte Überleben in den Knästen - und um ihre Würde. Ihr Kampf richtet sich gegen Folter, Mord und die physische und psychische Vernichtung durch die verschiedenen Formen von Isolationshaftbedingungen.

In der Türkei gehört es zur Tagesordnung, daß Menschen grausam gefoltert werden, verschwinden und ermordet werden. Nachdem 1996 zwölf politische Gefangene aus türkischen revolutionären Organisationen in einem großen Hungerstreik fielen, kämpften Anfang 1998 tausende von politischen Gefangenen mit einem Hungerstreik u. a. wieder gegen die Zerschlagung ihrer Kollektive durch die Einführung der Isolationshaft gegen politische Gefangene. In der ersten Januarwoche 1998 starben die Gefangenen Osman Dasch und Sepril Yilmaz durch die Vernichtungspolitik der türkischen Regierung.

In Spanien kämpfen seit vielen Jahren die baskischen Gefangenen gegen die immer noch angewandte Folter und für ihre Verlegung in Knäste in Euskadi (Baskenland).

Mit der Erstürmung der u. a. für die Freilassung von politischen Gefangenen besetzten japanischen Botschaft in Peru im April 1997 und der Ermordung aller an der Aktion beteiligten MRTA-KämpferInnen ist die Hoffnung auf eine zum Greifen nahe Perspektive für politische Gefangene in Peru zerschlagen worden. Ob in Peru, Nicaragua, Argentinien, Chile, Kurdistan, Palästina, USA, Nordirland, ... - die Liste ließe sich lange fortsetzen - die Lage der politischen Gefangene schreit nach der einzigen substanziellen Lösung: Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit.



Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD

Weiterhin sind Menschen aus dem seit Anfang der siebziger Jahren geführten bewaffneten Kampf in der BRD im Knast. Die Folgen der jahrelangen Isolationsfolter haben die Gesundheit der Gefangenen aus der RAF derartig angegriffen, daß bei einigen zu befürchten ist, daß sie den Knast nicht mehr lebend verlassen werden.

In den BRD-Knästen werden Menschen weggesperrt, die sich hier in Anlehnung an die antiimperialistischen Befreiungskämpfe in ihren Herkunftsländern organisieren. In der BRD werden z. B. kurdische, tamilische und revolutionäre türkische Organisationen kriminalisiert und Menschen, die mit ihnen in Verbindung gebracht werden, verfolgt und weggesperrt. So sitzen z. B. mehr als 400 kurdische Frauen und Männer hier in den Knästen. Linke Fundamentalopposition in der BRD wird immer wieder mit Verfahren überzogen. Einzelne AntifaschistInnen und AtomkraftgegnerInnen etc. werden herausgegriffen und weggesperrt. Totalverweigerer werden zu längeren Haftstrafen verurteilt.

Nach der Annexion der DDR werden seitens der BRD Menschen aus der ehemaligen DDR mit einer Prozeßflut von über 120000 Verfahren überzogen. So widersprüchlich die diversen Positionen in der Linken zur Bewertung der DDR sind, darf dieser Akt der Siegerjustiz nicht hingenommen werden.

Derzeit betreibt die BRD eine Politik der Umstrukturierung der Gesellschaft mit dem Ziel, sich innerhalb der verschärften weltweiten Konkurrenz im Kapitalismus weiterhin durchzusetzen. Nach dem Wegfall der sozialistischen Staaten kann diese Politik unverfrorener als in der Vergangenheit durchgesetzt werden. Sozialausgaben werden gekürzt bzw. gestrichen, für das Kapital nicht mehr verwertbare Menschen in die Verelendung getrieben.

In dieser Situation versuchen Menschen, sich individuell durchzuschlagen, statt gemeinsam ihre Bedürfnisse durchzusetzen. Rassistische Ideologie mit den entsprechenden Umsetzungen sind in der Politik und in breiten Teilen der Gesellschaft verankert. Die Ausgrenzung und Verfolgung von AusländerInnen, Flüchtlingen, Obdachlosen, Andersdenkenden etc. nimmt immer größere Ausmaße an.

Die Abschottungspolitik Europas und der BRD wird erst durch diese rassistische Ideologie ermöglicht. Die Ostgrenzen werden mit einem enormen personellen und maschinellen Aufwand gesichert, der jedes Jahr vielen Menschen das Leben kostet. Viele derjenigen, die es schaffen, in die Festung zu gelangen, werden kriminalisiert, in Abschiebeknäste gesteckt und - oftmals in die Hände ihrer Verfolger - abgeschoben.

Die fortgesetzte Verbiegung des Grundgesetzes, der sog. „Große Lauschangriff" sowie die Einschnitte in die Rechte von Angeklagten in Strafprozessen sind weitere Facetten dieser Umstrukturierung. Die sogenannte „Organisierte Kriminalität" dient als Vorwand für die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, für den (großen) Lauschangriff und die unbeschränkten Möglichkeiten der europäischen Polizeiorganisation EUROPOL. Als Instrument zur Bekämpfung von Widerstand gegen diese Politik wurden Unterbindungsgewahrsam und die Hauptverhandlungshaft eingeführt. Die Kriminalisierung linker Politik hat Tradition nicht nur in der Geschichte der BRD, sondern in der Geschichte des deutschen bürgerlichen Parlamentarismus überhaupt, dessen 150jähriges Bestehen 1998 staatlicherseits abgefeiert werden wird. Diese Tradition muß bekämpft werden! Unsere Solidarität ist eine wichtige Waffe gegen die Kriminalisierung linker Politik - nicht nur in der BRD, sondern weltweit. Der Aktionstag am 18. März ist ein Ausdruck von Solidarität mit politisch Verfolgten und politischen Gefangenen. Deshalb fordern wir alle Gruppen und Menschen auf, sich an den vielfältigen Aktionen an diesem 18. März zu beteiligen.

(Siehe auch Veranstaltungskalender auf Seite 22)

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Bundesweites Koordinierungstreffen zum Aktionstag am 18. März 1998

Mao-Dadaistinnen foppen baden-württembergische Verfassungsschützer

Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz hat sich - wie ein Blick auf dessen Internet-Homepage zeigt - auf der Suche nach allzeit gewaltbereiten Autonomen in Heidelberg Ende Oktober 1997 an der Nase herumführen lassen.

Während einer Demonstration für den Erhalt des Autonomen Zentrums in Heidelberg (25.10. 1997) verteilte der berühmt-berüchtigte Kommunikationsguerillero Luther Blissett (Kommissarin für die korrekte Verwendung der Zeichen im öffentlichen Raum) ein Flugblatt mit maodadaistischen „Parolen zum Mitskandieren". In dem Flugblatt sind eine Reihe skurriler bis die Autonomenfolklore parodierender Sprüche aufgeführt:

„Ob großer Riese, kleiner Gnom
Sie woll'n ein Zentrum Autonom,
Und auch der deutsche Gartenzwerg
will ein AZ in Heidelberg!
Lang lebe der Vorsitzende Mao
und sein Stellvertreter Lin-Piao"

Doch das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz, das immer von neuem bemüht ist, seine Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen, (v)erklärt das maodadaistische Flugblatt zu einem Zeugnis der hohen Gewaltbereitschaft der Heidelberger Autonomenszene. Es verbreitet daher schon seit geraumer Zeit auf seiner Homepage im Internet folgende „Analyse" über deren Gefährlichkeit:

„Die Forderung nach einem Ersatz für das 'alte AZ' kam in den Parolen der Teilnehmer unmißverständlich und mit drohendem Unterton zum Ausdruck:

'Kein Platz für's AZ:
dann gibt's Rabatz
und außerdem eins auf den Latz!'
'Wollt Ihr nicht kriegen eins vorn Latz,
macht keine Scherze übers AZ!' „
[Ende Zitat Webpage/Verfassungsschutz]

Doch das Flugblatt stammte gar nicht von Heidelberger Autonomen, sondern von Luther Blissett, der in einem maodadaistischen Fahrradkorso von Ludwigshafen nach Heidelberg herübergeradelt war. Den Verfassungsschützern ging auch in dem Moment kein Licht auf, als sie die ebenfalls auf Luther Blissett zurückgehende maodadaistische Variante der bei Autonomen-Demonstrationen beliebten „Hinweise zum Verhalten während und nach der Demonstration" in der Hand hielten. Darin heißt es u.a.:

„Beim Auftreten von animalischen Helfern der Ordnungskräfte: Pferde mit Brotresten füttern, evtl. auch mit Würfelzucker (ist aber nicht PC); auf keinen Fall den Pferden Wurst anbieten. Hunde dagegen sind weder Veganer noch Vegetarier! Wenn ihr festgenommen werdet: Ruft den Umstehenden laut den Namen des großen Vorsitzenden - Mao Tse-Tung - zu."

Da Luther Blissett als einziger während der Demonstration entsprechende Verhaltensvorschläge parat hatte, vermochten die aus dem maodadaistischen Fahrradkorso des Ludwigshafener Büros für angewandten Realismus (e-Mail: realismus@t-online.de) immer wieder vorgetragenen Sprechchöhre eine entsprechende Durchschlagskraft zu entfalten. Besonders überzeugte die der La Ola-Welle nachempfundene sogenannte Da Mao-Welle.

2 Maos auf der AZ-Demo in Heidelberg

insgeheim ausgetauscht worden. Demzufolge sei die Website des Verfassungsschutzes von Sonja Brünzels gehackt worden. Der baden-württembergische Geheimdienst habe nur bis heute nicht gemerkt, daß er unbemerkt eine gefakte Seite in dessen Webpage eingefügt habe.

Die Heidelberger Autonomen, die den Beitrag der Mao-Dadaistinnen um Luther Blissett im vergangenen Oktober schon damals nicht sehr lustig fanden, unterstellen inzwischen, daß der maodadaistische Fahrradkorso samt Flugblättern eine Counter-Aktion des Verfassungsschutzes dargestellt habe. Der Verfassungsschutz solle diese Flugblätter selbst gestreut haben, damit ein Vorwand für die weitere Observation geschaffen werde, hieß es aus dem Plenum des AZs Heidelberg.

Außerdem dürften die im Flugblatt nachzulesenden Äußerungen von Luther Blissett zur „Gewaltfrage" den Verfassungsschutz zu der vorgenommenen Einschätzung der besonderen Gefährlichkeit der Heidelberger Autonomen hingerissen haben:

„Wenn Ihr mit Pflastersteinen werft, kommt Ihr womöglich ins Gefängnis; wenn ihr mit Mohrenköpfen, Adventskränzen oder Papstbüsten werft, kommt Ihr dagegen in die Zeitung!"

Der intellektuelle Desperado Sonja Brünzels (Mitglied des Bologneser Theorie-Hacker Zirkels „Potere Operaio") behauptet hingegen, daß der baden-württembergische Verfassungsschutz so doof nun auch wieder nicht sei. Die entsprechende Seite im Internet stamme gar nicht vom Verfassungsschutz selbst, sondern sei von ihr persönlich

Wie dem auch sei: „**Vom Autonomen Zentrum lernen heißt SIEGEN lernen**"
(Zitat Mao Tse Tung)

Besagte Webseite des Landesamts für Verfassungsschutz findet sich unter: http://www.baden-wuerttemberg.de/verfassungsschutz/link6.htm

Photos, die die maodadaistische Entschlossenheit des Fahrradkorsos illustrieren, finden sich unter http://www.uni-mannheim.de/studorg/gahg/rweis/weltrevolution/mao/

„Ist die beste Subversion nicht die, die Codes zu entstellen, statt sie zu zerstören?"
(Roland Barthes u. a. im Handbuch der Kommunikationsguerilla)

contact autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe:
afrika@contrast.org
http://www.contrast.org/KG

Nachtrag zum Ende der Wagenburg „Hoppetosse“ in Heidelberg

Der folgende Nachtrag zum nicht ganz glorreichen Absterben der Heidelberger Wagenburg „Hoppetosse“ hat uns einer der „Rest-Wabuleute“ zukommen lassen. Er hat versucht, die ganzen Geschehnisse seit der Räumung noch einmal Revue passieren zu lassen. Ja, das war's also endgültig mit dieser „alternativen Lebens- und Wohnformation“ größeren Rahmens, die trotz ihres mehrjährigen Bestehens und ihres personellen Hineinwirkens in die autonome Szene einen sang- und klanglosen Abschied genommen hat, auch wenn - wie aus dem Artikel in Erfahrung gebracht werden kann - ein paar Wagenburgler(innen?) übriggeblieben zu sein scheinen an einem geheimen Ort. Dem öffentlichen, städtischen und staatlichen Druck konnte am Ende nichts Ernsthaft-Effektives mehr entgegengesetzt werden.

-Sabotage

Die Reste der Wagenburg „Hoppetosse“ bekamen ihre Wägen Ende September 1997 unter der Bedingung wieder, Heidelberg zu verlassen. Der eigentliche Freigabetermin dieser Wägen war aber eigentlich schon einen Monat vorher. Dies hatte nur deshalb nicht funktioniert, weil in dem Moment, in dem die Bahn die Wägen freigegeben hatte, sie erneut von der Stadt Heidelberg beschlagnahmt worden waren aus folgendem Grund: „Betreiben von Illegalitäten mit Bauwägen“! Die Konfiskation war teilweise nerviger als wir „Rest-Wabus“ gedacht hatten, da es vor allem erst auf langen Druck hin gelungen war, die Gegenseite (die Bahn) zur Freigabe zu bewegen. Die Verantwortung wurde vom einen zur anderen geschoben (Verarschung!?!). Auch das Betreten der Wägen war nur mit dem terminlich ausgebuchten Büttel („Gerichtsvollzieher“) möglich. Die Wägen waren etwas durcheinander, aber ansonsten wurde mit „deutscher Gründlichkeit“ gearbeitet...

Zur Räumung

Zur Räumung ist noch zu sagen, daß sie friedlich verlief, es auch keine dummen Sprüche der daran beteiligten 15 Polizisten gab, die Presse mit fünf Leuten vor Ort und als einziger Politiker [der uns wohlbekannte CDU-Abschiebespezialist] Werner Pfisterer erschienen war.

Während die Bußgeldverfahren und Räumungskosten eigentlich noch anstehen bzw. offen sind, kann jetzt schon prognostiziert werden, daß ein Prozeß sicherlich zu unseren Ungunsten ausgehen würde. Auch die Gegenseite hat sich bis jetzt nicht bereit erklärt, die Verfahren einzustellen, weshalb uns noch immer Geldstrafen in Höhe von 6 000 DM drohen. Damit haben sie möglicherweise ein Druckmittel gegen uns. Die Gefahr, daß sie Geldstrafen verhängen, halten wir bei Stillhalten aber für gering. Trotzdem zeigt sich wieder einmal, daß die Politik der Herrschenden darauf ausgerichtet ist, auch in ach so „liberalen

Der Wagenplatz der „Hoppetosse“ im Klausenpfad 999

Zeiten" ihre Möglichkeiten zu nutzen, die BürgerInnen still zu halten: Laut Polizei-Einsatzleiter hatten wir ja „irgendwie 'ne gute Idee" (mit unserer „Wohnform"), sie aber „falsch umgesetzt". Weil wir nicht durch eine Besetzung hätten versuchen sollen, einen Platz zu bekommen, sondern „durch das Führen von Gesprächen mit den »richtigen« Leuten", die uns dann schon ein Grundstück angeboten hätten: auf „Pachtbasis". Aber, Herr DeLores, Frage: „Was haben wir, die BewohnerInnen der „Hoppetosse", sechs Jahre lang, mehr oder weniger ständig, kontinuierlich versucht?" Also, wie wäre es, wenn sie sich bei der nächsten Räumung einfach mal für die Menschlichkeit einsetzen oder mal mit Herrn Pfisterer unterhalten würden?

In diesem Zusammenhang auch gleich noch einen Tip an den Gerichtsvollzieher: „Wie wäre es, wenn sie mal in ihrem Gesetzbuch blättern und darin nachsehen, ob sie nicht gegen die Räumung klagen können oder das Recht haben, sich quer zu stellen (wie es auch in Darmstadt bei der dortigen Wagenburg der Fall war)?"

Nach der Freigabe der Wägen

Jedenfalls verschenkten nach der Freigabe zwei Leute ihre Wägen; der Rest an Wägen ging über den Umweg Dossenheim, wo uns klargemacht wurde, daß der „Müll" so schnell wie möglich zu verschrotten sei, nach Karlsruhe. Auf dem dortigen Wagenplatz „Hyde und Neustraße" war aber nichts mit bleiben, da sich der kleine Platz wohl überfordert fühlte („Vertriebene" aus Freiburg waren auch da). Hier ein Dank an die Hyde und Neustraße für die moralische und materielle Unterstützung.

Zur jetzigen Situation

Wo wir jetzt stehen, dürfen wir nicht sagen. Nur, daß es ganz interessant ist. (WelcheR mehr darüber wissen will, kann im Infoladen „Moskito" Heidelberg nachfragen.) Die Leute dort gaben uns die Möglichkeit, da mit fünf Leuten, zwei Wägen und Besuch zu stehen; aber leider nur bis Mai. Vielen Dank auch hier für die Unterstützung. Wir versuchen dort, als eigenes Wohnprojekt einen dauerhaften Vertrag zu bekommen. Was nicht leicht sein wird, da einfach Vorurteile gegen uns da sind von Leuten, die uns gar nicht kennen, und auch die Kontaktaufnahme nur sehr schwer möglich ist. Was wir machen, ist Kochen (einmal die Woche), Beteiligen am Deutschunterricht für KurdInnen, Erscheinen auf dem „Profiplenum" usw.

Zum Schluß sei die Ex-Steffi-Schwarzwaldstraße Karlsruhe gegrüßt und in ihrem Kampf unterstützt.

Revolte - alles andere ist Quark!
Gegen berechnendes Denken
für mehr Menschlichkeit!

T.

Das Autonome Zentrum im März

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 So	12.00 **Sculpture by Tom** (jeden Sonntag!) Modellieren mit Holz- und Tonmaterialien 20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew**	**18 Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
2 Mo	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Mo - So)** **Frauen- und Lesbentag** 20.00 MoMo - die FrauenLesben Vokü	**19 Do**	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit der **UnheilBar**
3 Di	18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit den **„Drei Damen vom Grill"**	**20 Fr**	22.00 **FrauenLesben Disco**
4 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**	**21 Sa**	
5 Do	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 **PicNik mit NicNik**	**22 So**	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **Offene Diskussionsrunde** zum Thema „Meinungsfreiheit - Zensur"
6 Fr	20.00 Kneipe mit **EGATOBAS**	**23 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
7 Sa		**24 Di**	21.00 Konzert mit **TUESDAY WELD** und **BACKWASH** (krachiger Gitarren-Beat-Groove)
8 So	11.00 Frühstücksbuffet **Abend zum Internationalen Frauenkampftag** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**	**25 Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**

So	**Abend zum Internationalen Frauenkampftag** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**: **offene Diskussionsrunde** zum Thema
9 **Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
10 **Di**	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **KINO**-Abend mit Film „Wenn der Wind weht“
11 **Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
12 **Do**	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit der LaBuStra 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
13 **Fr**	20.00 Kneipe der **Antifaschistischen Jugendaktion** (AJA)
14 **Sa**	
15 **So**	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **Film** „Kommunismus & Stalinismus“: Moskauprozesse 1936-38
16 **Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
17 **Di**	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di, Do, So)** 18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **GA**

Mi	
26 **Do**	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Do, Fr, So)** 18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
27 **Fr**	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** mit Film 22.00 **TOUR DE DANCE** mit der **Manischen Weststadt** - **Soliparty** für Gustavs Fahrradwerkstatt
28 **Sa**	23.00 **shut up and dance!** big beat, dub, drum 'n' bass **Soliparty** für das „Freie Radio Rhein-Neckar“
29 **So**	12.00 **Sculpture by Tom** (jeden Sonntag!) Modellieren mit Holz- und Tonmaterialien 20.00 **ARABISCHE NACHT**
30 **Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
31 **Di**	20.00 **FLOWERPOWERNIGHT** mit Film ab: 21.00 „Hair“

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

Demos & Veranstaltungen

Mi, 04.03.: **Informationsveranstaltung** „Drahtzieher im braunen Netz" im Straßenbahndepot Ludwigshafen

Der organisierte Neofaschismus in der Rhein-Neckar-Region hat viele Adressen. Eine besonders wichtige davon ist die Rottstraße 79 in Ludwigshafen-Süd. Dort betreibt nämlich Christian Hehl seit Oktober 1997 einen Gemischtwarenladen für den gepflegten Neonazi von heute, der sich innerhalb kürzester Zeit zum bedeutenden Nazitreffpunkt entwickelte.

Es regte sich aber schon bald (auch vor Ort) antifaschistischer Widerstand. Nur wenige Wochen nach der Eröffnung des Ladens wurde eine BÜRGERINITIATIVE dagegen gegründet, die nun in Zusammenarbeit mit dem VEB LAUT & LÄSTIG zur ersten öffentlichen Veranstaltung in den betroffenen Stadtteil einlädt.

Am 4. März referieren zwei der Autoren des Buches „Drahtzieher im braunen Netz" (erschienen im Konkret-Literatur-Verlag) über aktuelle Entwicklungen in der bundesweiten und regionalen Naziszene, über die Bedeutung rechter Subkulturen und über die sog. „akzeptierende Jugendarbeit".

Zu dieser Veranstaltung soll offensiv (gerade in Ludwigshafen-Süd) eingelagen werden. Wir appellieren daher an alle AntifaschistInnen, die BI in ihrem Kampf gegen den Nazistützpunkt des C. Hehl zu unterstützen und die Veranstaltung durch äußerst zahlreiches Erscheinen zu einem Erfolg zu machen!

Kein Fußbreit den Faschisten!

Beginn: 20.00 Uhr, Straßenbahndepot Ludwigshafen (Ecke Wittelsbacher/Karl-Krämerstraße)

Veranstaltet von der BürgerInneninitiative „Süd gegen Rechts" und dem VEB laut & lästig

Do, 05.03: **Protestkundgebung** gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau in Mannheim

»Wir wenden uns an alle MannheimerInnen, die uns auch bisher durch Solidaritätsadressen oder anderweitig unterstützt haben und die auch bereit sind, sich künftig an der organisatorischen Arbeit für die monatlichen Aktionen oder Demonstrationen aktiv zu beteiligen.«

(aus dem Aufruf des gewerkschaftlichen Arbeitskreises Arbeitslosigkeit)

Treffpunkt: 16.00 Uhr, A1 (Industrie- und Handelskammer), Mannheim

(Informationsstände bereits ab 13.00 Uhr)

Veranstaltet vom AK Arbeitslosigkeit im DGB-Kreis MA

Sa, 07.03.: **Gewaltfreies Aktionstraining** mit Ulrich Wohland

Mitte/Ende März soll der Castor-Transport von Neckarwestheim nach Ahaus rollen. Dafür, aber auch für Aktionen aus anderen Bereichen, bietet die Anti-AKW/Castor-Gruppe ein Gewaltfreies Aktionstraining vom 7. bis 8. März 1998 in Heidelberg an. Verhalten auf Aktionen, Juristisches, Konsensfindung usw. können Thema sein. Was genau gemacht wird, hängt von den einzelnen TeilnehmerInnen und deren Wünschen ab. Ulrich Wohland von der *Werkstatt für gewaltfreie Aktion* wird uns dabei behilflich sein.

Unkostenbeitrag ca. 40,- DM, aber am Geld soll die Teilnahme nicht scheitern.

Bitte melde Dich rechtzeitig (mit Name, Adresse, Telefonnummer und Vorschlägen für Themen), da die TeilnehmerInnenzahl begrenzt ist, bei untenstehender Adresse oder den Dir bekannten Personen an. Genauer Ort und Zeitpunkt werden noch bekanntgegeben.

Teilnahme am ganzen Training wäre wünschenswert.

Anti-AKW/Castor-Gruppe Heidelberg, Tel.: (0 62 21) 97 89 27, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg

Treffen; montags, 19.00 Uhr, Offenes Büro, Keller Karlstorbahnhof

Veranstaltet von der Anti-AKW/Castor-Gruppe HD

So, 08.03.: **Ausstellung** zum 8. März - Internationaler Frauenkampftag in Frankfurt

Diese Ausstellung zeigt eine Chronologie bis ins letzte Jahrhundert und die Entwicklung dieses Tages. Außerdem stellt sie die Mobilisierungen der letzten elf Jahre in Ffm. dar. Sie ist bis zum 13. März zu sehen.

Öffnungszeiten: Mo-Do 13-18.00 Uhr; Fr 13-20.00 Uhr

Ort: Frauen- und Mädchenetage, Varrentrappstraße 38, Frankfurt Bockenheim

Di, 10.03.: **KINO-Abend** mit Film „Wenn der Wind weht" im Autonomen Zentrum Heidelberg

„Ein naives englisches RentnerInnenehepaar wird den Folgen eines nuklearen Krieges ausgesetzt. Ein Zeichentrickfilm, der mit schwarzem Humor auf die Uninformiertheit der Menschen und die Abwiegelungsversuche der Regierungen hinweist und vor Augen führt, daß es keine Zukunft mehr geben kann, wenn die Bombe erst einmal gefallen ist. Eine makabre Satire, die gleichwohl aufrüttelt und zum Nachdenken anregt."

„When the wind blows", England 1986, Regie: Jimmy T. Murakami, Länge: 84 min

Beginn: 21.00 Uhr

Achtung!

Im Falle einer erneuten

Bombardierung des Irak

findet noch

am selben Tag

eine

Protestkundgebung um 17.00 Uhr

auf dem

Bismarckplatz

in Heidelberg statt!

(Anschließend eventuell Demonstration zum Headquarter in der Römerstraße)

Do, 12.03.: **Veranstaltung** „Die Narodniki-Frauen" im Karlstorbahnhof HD

Zum internationalen Frauentag referiert Barbara Köster (Frauenschule Ffm.) über die Narodniki-Frauen als Beispiel für die Anfänge der Frauenbefreiung. Die russischen Frauen der Narodniki („Volkstümler")-Bewegung waren Vorläuferinnen der Frauenemanzipation. Sie stammten aus gehobenen Kreisen, hatten als erste russische Frauen im Exil studiert, und waren nach ihrer Heimkehr vor die Situation gestellt, keine entsprechende berufliche Perspektive zu haben. Gleichzeitig wurden sie sensibel für die ungheure bäuerliche Armut. Daraus zogen sie die Konsequenz, mit der Narodniki-Bewegung aufs Land zu gehen, um die feudalen Verhältnisse zu revolutionieren.

Beginn: 20.00 Uhr, Emil-Julius-Gumbel-Raum

Veranstaltet von der Graswurzelrevolution

Sa, 14.03.: **Antifaschistische Demonstration** in Saalfeld: „Antifaschismus läßt sich nicht verbieten! - Stoppt faschistische und rassistische Übergriffe!"

(Näheres dazu siehe Seite 9)

Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!
Bundesweiter Aktionstag am 18. März 1998

Unter diesem Motto wird es, wie in den beiden vergangenen Jahren auch, in vielen Städten der BRD zu Veranstaltungen, Demos, Kundgebungen und anderen Aktionen kommen.

Der 18. März wurde von einem breiten Bündnis von Gruppen und Organisationen aus der gesamten BRD zum Solidaritätstag mit den politischen Gefangenen erklärt. Dieser Tag steht in der Tradition der Roten Hilfe der 20er Jahre, wo er schon einmal als Tag der Solidarität begangen wurde.

Auch in Heidelberg finden aus diesem Anlaß eine Reihe von Aktionen statt:

Mo, 16.03.: **Film und Diskussionsveranstaltung** „Hinter diesen Mauern. Mumia Abu-Jamal und der lange Kampf um Freiheit" im Seminarraum des EWZ im Karlstorbahnhof

Mumia Abu-Jamal wurde 1982 zum Tode verurteilt und sitzt in einer Todeszelle des Hochsicherheitsgefängnisses von Waynesburg, Pennsylvania. Als Mitglied der Black Panther Party und später als kritischer Radiojournalist, hatte er jahrelang den Rassismus des Law and Order-Establishments seiner Heimatstadt Philadelphia öffentlich gemacht und war deshalb zum „Staatsfeind" erklärt worden, den es zu bekämpfen galt.

Seit Jahren kämpft er, unterstützt von einem nur aus Spendengeldern finanzierten Verteidigungsteam und einer wachsenden internationalen Kampagne, für die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Nach dem Stopp eines ersten Hinrichtungsbefehls im August 1995 war dieser Wiederaufnahmeantrag in erster Instanz kurze Zeit später abgelehnt worden. Nun liegt der Fall zur Entscheidung beim Obersten Gerichtshof Pennsylvanias. Der Ausgang ist ungewiß, ein negatives Urteil mit darauffolgendem Hinrichtungsbefehl wahrscheinlich.

Hiergegen wendet sich eine breite internationale Kampagne mit Unterschriftensammlungen, vielfältigen Solidaritätsaktionen und einem internationalen Tribunal, das im Dezember '97 in Philadelphia stattfand. Auch der Generalsekretär von anmesty international, Piere Sane, hat im Dezember nach einem Besuch bei Mumia und einem weiteren Gefangenen Pennsylvania als „den rassistischsten und ungerechtesten" US-Bundesstaat mit Todesstrafenpraxis kritisiert. Die Vereinigung der RechtsanwältInnen hat nur einen Tag später in einer Resolution ein sofortiges Moratorium aller Hinrichtungen gefordert.

Warum trotz immer neuer Entlastungsbeweise und der großen Solidarität mit Mumia Abu-Jamal der Oberste Gerichtshof Pennsylvanias mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dem Wiederaufnahmeantrag nicht stattgeben wird, werden

wir in der Veranstaltung verdeutlichen. Weiterhin wird der Referent Roger Hasenbein von der bundesweiten Mumia-Solidaritätskoordination darlegen, warum Mumias Prozeß einen politischen und rassistischen Hintergrund hat.

Mi, 18.03.: **Informationsstand** in der Heidelberger FußgängerInnenzone

Von 14.00 bis 18.00 Uhr

Mi, 18.03.:**Veranstaltung** „Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF" im Seminarraum des EWZ im Karlstorbahnhof

Mit Christa Klar, der Mutter von Christian Klar (Gefangener aus der RAF) und Christa Eckes, ehemalige Gefangene aus der RAF.

Nahezu alle Gefangenen aus der RAF sind inzwischen mehr als 10, 15 und 20 Jahre inhaftiert. Alle sind in dieser Zeit den verschiedensten Formen von Sonderhaft ausgesetzt, die international als Folter geächtet ist, weil sie die physische und psychisiche Integrität der Gefangenen zerstört. Immer wieder haben die Gefangenen gegen diese Bedingungen gekämpft. Nach all dieser Zeit gibt es nur noch eines: Sie müssen raus, um überhaupt eine Lebnsperspektive zu haben! Allein die schweren gesundheitlichen Schädigungen durch diese Haft machen dies zwingend. Helmut Pohl wurde Ende Januar als erstem eine sechsmonatige Haftunterbrechung gewährt, für eine seit langem überfällige Operation und der anschließenden Rehabilitation. Die anderen müssen folgen und Helmut darf auf keinen Fall wieder zurück in den Knast gebracht werden.

Es muß Schluß sein mit der Quälerei in den Gefängnissen!

Die Gefangenen sind Teil eines weltweiten Aufbruchs für ein mesnchwürdiges Leben, für Gesellschaften auf der Basis von Gerechtigkeit und Solidarität.

Auch dieser Staat hat kein Recht, seine politischen Gefangenen in Gefangenschaft zu vernichten.

Veranstaltet vom Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen und der Roten Hilfe e. V. Ortsgruppe HD

Sa, 28.03.: „Night of Con-Fusion" mit **SCATTERGUN** und **ELMEX** im JUZ Mannheim

SCATTERGUN: eine angesagte Combo aus Berlin, die einen sehr partytauglichen SKA-PUNK 'N' Roll-Cocktail mixt, der ohne peinliche Sauflieder und andere Schwachheiten auskommt.

ELMEX: die fiesen COUNTRY-PUNKS aus dem tiefsten Odenwald, die wie immer soundtechnisch die Kuh fliegen lassen werden.

Beginn: 20.00 Uhr, JUZ Mannheim

Veranstaltet vom VEB laut & lästig

SCATTERGUN

Di, 31.03.: **FLOWERPOWERNIGHT** mit Film „Hair" im AZ HD

„Die Filmfassung des Rock-Musicals Hair über die Flowerpower-Generation der 60er Jahre ist ein mit ausgezeichneten Song- und Tanznummern vollgepacktes Movie voller Vitalität, musikalischem Temperament und temporeicher Spannung."

„Hair", USA 1977, Regie: Milos Forman, Länge: 121 min

Beginn: 21.00 Uhr

Kommt zur revolutionären 1. Mai-Demonstration in Mannheim

„Wir wollen kein Stück größere Torte, sondern das Rezept verändern!"

Heute reden die VertreterInnen aus Politik und Industrie nur noch von Sparen, Standortsicherung, Lohnkürzungen, schrittweisem Abbau des sogenannten sozialen Netzes etc. - obwohl die Unternehmensgewinne drastisch steigen.

Die Frage, was mit den Reichtümern passiert, die von den Lohnabhängigen ermöglicht wurden, wird überhaupt nicht gestellt. Es ist genug Geld da (und auch die Möglichkeit), allen Menschen auf diesem Planeten ein Leben ohne Armut, Krieg, Ausgrenzung und Umweltzerstörung zu ermöglichen.

Warum gibt es so wenige, die alles besitzen? Warum ist es bereits von Geburt an weitgehend vorgezeichnet, was mensch vom Leben zu erwarten hat? Angeblich hat doch jede/r die Möglichkeit, alles zu werden und zu machen! Warum ist es so wichtig, wo ein Mensch herkommt, wie er aussieht, welches Geschlecht, welche Hautfarbe und welche Religion sie hat?

Doch Veränderung ist möglich! Es gibt viele Beispiele von erfolgreichen Kämpfen. Unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und für eine Verteilung von oben nach unten zu streiten, ist unsere Idee. Wir wollen uns nicht durch Industrie und deren Vorgaben ausbeuten lassen. Uns geht es darum, Druck auf die Obrigkeit auszuüben, anstatt sich in Deutsche und Nichtdeutsche, ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen usw. spalten zu lassen. Für uns geben die vordiktierten Regeln und Mechanismen, die wir alltäglich hier erleben, genügend Angriffspunkte für Aktionen, mit denen wir eine neue gesellschaftliche Kraft aufbauen können.

Die Stadtregierungen z. B. begreifen „ihre" Innenstädte immer mehr als „Visitenkarten", mittels derer sie sich als attraktiver Standort zu profilieren versuchen. Daher werden private Profitinteressen zunehmend als allgemeines Sicherheitsinteresse dargestellt (...). Will ich, kann ich in einer solchen „Aushängestadt" leben? Sauber, harmonisch, ein bißchen multi-kulti macht sich auch ganz gut. Widersprüche gibt es hier nicht. Wir verhalten uns, wie es sich gehört. Ein wenig in, ein wenig cool, aber immer schön im Rahmen bleiben. Sicherheit für alle, Sicherheit durch Anpassung, Sicherheit für die, die es sich leisten können. Die innerstädtischen Einkaufsmeilen stehen für den Mythos der „sauberen" Dienstleistungsgesellschaft, ohne Armut, Elend, Umweltzerstörung und Bedrohung. Das politische Programm, mit dem dieser Mythos aufrecht erhalten wird, ist die Vertreibungspolitik gegen Arme in den Innenstädten sowie Abgrenzung nach außen gegen Zuwanderung.

Wir wollen die Selbstverständlichkeit, mit der die Unerträglichkeit des Daseins hingenommen wird, in Frage stellen. Diese Unerträglichkeit ... zeigt sich [z. B.] in der Angst auf der Straße vor allen und allem Fremden, die etwas von mir wollen, mich bedrohen oder nur meine Hilfe brauchen könnten. Die Lösung solle mehr Ordnung - sprich die Einschränkung von BürgerInnenrechten - sein. In wessen Interesse liegt die Verschärfung von Verordnungen? Der Obrigkeit gibt sie mehr Kontrollmöglichkeiten (die sie in Zeiten verstärkter sozialer Diskriminierung auch braucht), der Einzelhandel verspricht sich Verkaufsförderung. Der Allgemeinheit soll mehr Sicherheit vorgegaukelt werden durch Ausgrenzung des Fremden. Dagegen steht der Entwurf einer solidarischen Gesellschaft. Das ist unsere Aufgabe: zu benennen bzw. zu tun, was wir unter „lebenswert" verstehen. Eine Stadt und eine Umwelt, die sich nicht durch Blech, Gestank, Ausgrenzung und Angst auszeichnet, kann nicht durch Gesetze und Verordnungen entstehen. Ein lebenswertes Dasein in einer lebendigen Umgebung braucht eigene Werte und eigenständige Handlungen, leben und leben lassen beginnt immer hier und jetzt.

Schwarz-Rotes-Bündnis Rhein-Neckar

Treffpunkt: 11.30 Uhr, Paradeplatz, MA

Eine Antwort aus Berlin auf „Geschichtsunterricht mit der AA/BO“

*Leider hat uns der folgende LeserInbrief erst nach Redaktionsschluß für die Februar-Ausgabe erreicht, obwohl sich der/die AutorIn alle Mühe gegeben hat, ihn uns rechtzeitig zukommen zu lassen. Letztendlich lag es an uns. Sorry. Aber vielleicht ist es ganz gut so, sonst hätten wir euch das vorige Mal noch überfordert mit sage und schreibe fünf Seiten (!) LeserInnenbrief (14% der Gesamt-Sabotage). So habt ihr die durchaus lohnende Aufgabe, euch das bisher zu den Themen „*Rosa Luxemburg und die Bolschewiki*“ und „*Geschichtsverdrehung/Leninismus bei der AA/BO*“ Geschriebene nochmal ins Gedächtnis zu rufen oder nachzuschlagen (in den* Sabos *01/98 und 02/98).*
Der/Die Schreibende des folgenden Briefes ist Angehöriger der Antifaschistischen Aktion Berlin *(AAB), deren Aufruf (zum revolutionären Antifa-Block auf der Demo zum Gedenken an die Ermordung von K. L. und R. L.) wir in der Januar-*Sabo *abgedruckt hatten. Damit jetzt aufgrund des im Brief Angedeuteten keine Mißverständnisse entstehen: Dieser von uns veröffentlichte AAB-Aufruf enthielt zwar nicht den ins Kreuzfeuer der Kritik geratenen Geschichtsblock zur Oktoberrevolution; das heißt aber nicht, daß die AAB nicht hinter diesem (dann im offiziellen AA/BO-Aufruf abgedruckten) Block stehen würde. Im Gegenteil: Als Mitgliedsgruppe der* Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation *ist sie selbstverständlich Mitunterzeichnerin auch des Aufrufes, in dem dieser historische Abriß zu finden ist. Gut am Brief des/r AAB-Aktivisten/in finden wir vor allem, daß nochmal etwas detaillierter darauf Bezug genommen wird, weshalb die Demonstration in Berlin am 11.01.1998 im Gegensatz zum Vorjahr nur nach Luxemburg und Liebknecht benannt wurde*
Wir können an dieser Stelle nur nochmal das bereits in 02/'98 Gesagte wiederholen: „Die Diskussion soll - ohne weitreichende Eingriffe unsererseits - auch weiterhin ihren konstruktiven Lauf nehmen.“ Daß dies aller Voraussicht nach auch tatsächlich erstmal noch so sein wird, stellt der anschließende, aktuellste *LeserInnenbrief zweier Autonomer unter Beweis, den wir unkommentiert abdrucken. Danke an alle, die uns bisher mit kritischen Texten zu diesem Thema versorgt und damit jetzt schon eine äußerst voluminöse Debatte aufrechterhalten haben.*
-Sabotage

Liebe FreundInnen und GenossInnen, erstmal vielen Dank, daß ihr in Eurer letzten Ausgabe der *Sabotage* den Aufruf zur Luxemburg-Liebknecht Demonstration abgedruckt habt. Sehr gefreut hat mich auch, daß Ihr den LeserInnenbrief abgedruckt habt. Nicht so erfreut war ich über den doch sehr polemischen Stil des Briefs. Obwohl einige richtige Gedanken enthalten sind, ist der Gesamteindruck eher unerfreulich. Ich selbst bin Mitglied der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) und habe mich an den Vorbereitungen zur LL-Demonstration im vergangenen und in diesem Jahr beteiligt. Die Antifaschistische Aktion Berlin ist eine Antifagruppe, in der AnarchistInnen, SozialrevolutionärInnen, SozialistInnen und KommunistInnen gemeinsam **(ja, das gibt es tatsächlich!) antifaschistische und revolutionäre linke Politik machen. Ich glaube, damit sind wir dem Demokratieverständnis Rosa Luxemburgs schon recht nahe.**

Zuerst möchte ich auf die meiner Meinung nach richtigen Punkte in der Kritik des LeserInnenbriefs eingehen:

Richtig ist, daß die Hinzufügung Lenins in das Gedenken ab 1925 eine sehr zweischneidige Sache war. Einerseits ging es der KPD, welche das Gedenken an Karl und Rosa (die ja MitbegründerInnen der KPD waren) damals dominierte, selbstverständlich darum, den Kommunisten und Revolutionär Lenin zu ehren, andererseits wurde (wie in dem LeserInnenbrief richtig bemerkt wird) durch die Aneinanderreihung der drei L´s selbstverständlich eine Differenz zwischen Luxemburg

und Lenin zu überdecken versucht. (Im übrigen hat/haben der/die Schreiber/in/nen des Briefes nicht recht, wenn er/sie behauptet/n, in der DDR hätte die Demonstration Lenin-Liebknecht-Luxemburg geheißen; die DDR hat Lenin wieder aus dem Gedenken herausgenommen.)

Das war jedoch nicht der einzige Punkt, warum wir dem Umgang mit Luxemburg im Realsozialismus und in der „orthodox" kommunistischen Bewegung Westeuropas kritisch gegenüber stehen. Zu nennen ist dabei unbedingt noch die Einordnung von Teilen des theoretischen Werkes Rosas als „Abweichung" (damals „Luxemburgismus"). Dies führte dazu, daß sie zwar als Person und Mitbegründerin der KPD hoch angesehen war und geehrt wurde, auf der anderen Seite jedoch ihre Werke z. B. in der DDR erst 1971 vollständig erscheinen durften. Das waren die entscheidenden Argumente für uns als AAB, in diesem Jahr die Demonstration nur nach Luxemburg und Liebknecht zu benennen. Denn, wie der gute Lenin schon sagte: „Klug ist nicht, wer keine Fehler macht, sondern sie schnell zu verbessern versteht."

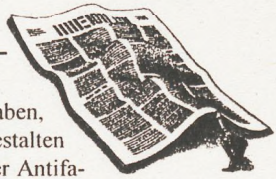
Ganz zu Anfang kritisiert der LeserInnenbrief das Zitat des letzten Satzes der Broschüre Rosas „Zur russischen Revolution" als falsch. Durch recht geschickte Auslassungen wird suggeriert, Rosa Luxemburg habe nur den Mut der Bolschewiki zur Revolution als vorwärtsweisend angesehen. Hier nochmal das vollständige Zitat:

„... Das ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik. In *diesem* Sinne bleibt ihnen das unsterbliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden. Und *in diesem Sinne* gehört die Zukunft überall dem »Bolschewismus«."

Nach wie vor denke ich, daß insgesamt die Einschätzung des LeserInnenbriefes, daß „mensch in der Broschüre wenig Solidarisches findet", nicht stimmt. Die Broschüre ist eine scharfe Kritik an der Politik der Bolschewiki, aber eben eine solidarische, da sie grundsätzlich deren Tun bejaht und all die Fehler, die sie kritisiert, nicht etwa (wie der/die LeserInnenbriefschreiber/in/nen) in der „Boshaftigkeit" der Bolschewiki oder gar Lenins zu sehen versucht. Das, denke ich, kann mensch schon als solidarisch bezeichnen. Der Grund, warum wir gerade diesen Satz gegen den von der „Freiheit des Andersdenkenden" gesetzt haben, ist vor allem eine Polemik gegen den Versuch solcher „Bürgerrechtlerinnen" wie z. B. Bärbel Bohley oder Vera Lengsfeld (beide Ex-DDR Opposition und heute CDU-Schoßhündchen), Rosa Luxemburg als Quasi-Vorkämpferin der parlamentarischen Demokratie à la BRD heute zu machen.

Zu Kritikpunkt zwei: der/die Schreiber/in/nen findet/n es zumindest erwähnenswert, daß wir in diesem Jahr der Oktoberrevolution eine Kolumne gewidmet haben. Der Grund dafür war, daß sich 1997 die Oktoberrevolution zum 80. Mal jährte. Das war uns angesichts der Bedeutung dieser Revolution Grund genug, einige wenige Sätze dazu zu schreiben. Der LeserInnenbrief kritisiert nun die Formulierungen, die wir verwendet haben, um die Politik der Bolschewiki zu charakterisieren. Diese Formulierungen sind verkürzt das, was Rosa Luxemburg selbst in der Broschüre „Zur russischen Revolution" hervorhebt. Zitat:

„In dieser Situation gebührt denn der bolschewistischen Richtung das geschichtliche Verdienst, von Anfang an diejenige Taktik proklamiert und mit eiserner Konsequenz verfolgt zu haben, die alleine die Demokratie retten und die Revolution vorwärtstreiben konnte. Die ganze Macht ausschließlich in die Hände der Arbeiter- und Bauernmasse, in die Hände der Sowjets. (...) Die Lenin-Partei war somit die einzige in Rußland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, also in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik



trieb."

Ich denke, mit unserer zugegebenermaßen kurzen Kolumne haben wir Rosas Ansicht recht gut wiedergegeben. Selbstverständlich wissen wir, daß wir nicht mehr 1918 leben und die von uns erwähnten Erfahrungen und Folgen viel weiter gehen. Meiner Meinung nach gehören selbstverständlich zu den Erfahrungen und Folgen der Oktoberrevolution die von Rosa zu Recht kritisierte Entdemokratisierung innerhalb der Sowjetgesellschaft und auch die schrecklichen Fehler und Verbrechen, die in den darauffolgenden Jahrzehnten begangen wurden. Aber die Geschichte ist nunmal kein Rosinenbrötchen, aus dem mensch sich einfach nur die leckersten Teilchen herauspicken kann. Die revolutionäre Geschichte gibt es nur ganz oder gar nicht. Eben deswegen steht am Anfang der Kolumne zur Oktoberrevolution das Zitat Rosa Luxemburgs.

Ganz bestimmt geht es aber nicht an, daß der/die Schreiber/in/nen Rosa unterstellt, sie sei gegen die Diktatur des Proletariats gewesen. Im Gegenteil! Sie wirft Lenin nicht etwa vor, zu hart zu den Bauern gewesen zu sein, sondern fordert in der Broschüre „Zur russischen Revolution" die sofortige Enteignung und Kollektivierung der Bauern Rußlands. Was übersetzt die sofortige Eröffnung des Bürgerkriegs gegen die Bauern bedeutet hätte. Wohingegen die Bolschewiki den Bauern zumindest für einige Jahre das Land, das sie bestellten, zum Eigentum gaben. Die Stelle im Gesamtwerk Rosa Luxemburgs, in dem sie sich gegen die Diktatur des Proletariats ausspricht, muß mir wirklich vorgeführt werden. Als Preis setze ich eine Flasche Sekt, eine Bahnfahrkarte nach Berlin und zurück zum 1. Mai und das allseits beliebte „AAB-Entertainment".

Um es nach all der „Zitatenklauberei" nochmal auf den Punkt zu bekommen: Rosa Luxemburg eignet sich kaum als Kronzeugin für Lenin oder gar den Leninismus, aber sie ist auch ebenso ungeeignet als Kronzeugin *gegen* Lenin. Und wenn mensch den KommunistInnen vorwirft, sie hätten Rosa instrumentalisiert, kann mensch unmöglich dasselbe von der eigenen Warte aus tun.

Zum Schluß noch Respekt und Dank an all die, die uns geholfen haben, die Demonstration zu gestalten und durchzuführen. Der Antifablock war das Beste!!! Laut, stark, bunt und entschlossen. Ich hoffe, wir sehen uns alle nächstes Jahr im Januar.

Venceremos! Und viele Grüße von der AAB!

Anmerkung des Autors:

Alle Zitate sind aus der auch heute noch überaus lesenswerten Broschüre **Rosa Luxemburgs** *„Zur russischen Revolution"*. More Stuff zum Thema: *„Sozialreform und Revolution"*, *„Massenstreik, Gewerkschaft und Partei"* (beides ebenfalls von Rosa); außerdem die sehr gute Biografie von **Annelies Laschitza** *„Im Lebensrausch - Trotz alledem"*

Anmerkung der Redaktion:

Wir wollen an dieser Stelle darauf hinweisen, daß dieser Text *nicht* in Absprache mit der (ebenfalls AA/BO-organisierten) Autonomen Antifa HD verfaßt wurde (siehe AAHD-LeserInnenbrief *Sabo* 02/98, Seiten 29 - 31), auch wenn beim Durchgehen beider Texte in einigen Passagen dieser Eindruck entstehen kann; die ausgeführten Argumentationsstränge sind einfach oftmals ähnlich oder gar gleich. Das ist aber reiner Zufall. Dies wurde uns von der Autonomen Antifa HD bestätigt.

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Anmerkungen zur Antwort der Autonomen Antifa Heidelberg (AA/HD) auf den Text „*Geschichtsunterricht mit der AA/BO*“

Ehrlich gesagt haben wir weder Lust, unsere Energie und Ressourcen in einer Diskussion über Lenin zu vergeuden, noch möchten wir der AA/HD nachweisen, daß sie eine „leninistische Kaderpartei“ ist.

Was uns jedoch sehr unangenehm aufstößt und gewaltig gegen den Strich geht, ist die Art und Weise, wie die AA/HD auf eine durchaus gerechtfertigte, konkrete und sachlich vorgetragene Kritik reagiert.

Die „Kinderkrankheit im Kommunismus“ (KK) wies unter anderem absolut zurecht darauf hin, daß es sich bei dem „Geschichtsabriß“ aus dem AA/BO-Aufruf zur diesjährigen LL-Demo um eine untragbare Verzerrung geschichtlicher Tatsachen handelt, die eigentlich von jedem emanzipatorisch denkenden Menschen zumindest kritisch hinterfragt werden sollte. Da die AA/HD seit einiger Zeit Teil der AA/BO ist, muß sie sich unserer Meinung nach auch an diesem „gemeinsamen“ Text messen lassen und sich mit Kritik daran auseinandersetzen. Um so ärgerlicher finden wir, wie kurz, undifferenziert und wenig stichhaltig die AA/HD auf diese Kritik antwortet, auch wenn sie vorher sehr gönnerInnenhaft behauptet, die „Art und Weise“ (!) der Kritik schätzen zu wissen. Nach einem kurzen Satz, der einräumt, daß die nachrevolutionäre Politik der Bolschewiki und später der KPdSU letztlich (!) nicht zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft führte (ach nee), kommt die Anmerkung, daß sich die Politik der Bolschewiki vor und während der Revolution „auf eine Massenbasis in der russischen Unterklasse stützen konnte“. Diese „Analyse“ finden wir mehr als armselig und als Antwort auf die Kritik von KK geradezu peinlich. Die Oktoberrevolution von 1917 kann nicht isoliert gesehen werden von der Revolution 1905 (hier entstanden nach Massakern die ersten Räte ohne (!) Beteiligung von Parteien; es kam zum Generalstreik) und der Revolution im Februar 1917 (die am 2. März 1917 zur Abdankung des Zaren führte). Während der Februarrevolution beispielsweise war von den Bolschewiki nichts zu sehen, da diese meinten, es handle sich lediglich um einen kleinen Aufstand, und sie die revolutionäre Lage völlig verkannten. Das Volk hatte die Bolschewiki hinter sich gelassen und erst im Oktober 1917 gelang es ihnen, „auf den fahrenden Zug aufzuspringen“ (immerhin waren die „Helden der Revolution“ = Lenin, Trotzki, Bucharin im Februar 1917 alle noch im Ausland). Aufgrund ihres starren, hierarchischen Parteiaufbaus, der über eine schlagkräftige Aktions- und Propagandaorganisation verfügte, konnten sich die Bolschewiki scheinbar an die Spitze der breiten Bewegung gegen das Übergangsregime des Kriegstreibers Kerenzki stellen. Die Kämpfe, die zur eigentlichen Revolution führten, waren jedoch keineswegs nur von den Bolschewiki durch- bzw. angeführt, sondern auch und gerade von einer Vielzahl linksradikaler/sozialrevolutionärer Kräfte. So spielten bspw. bei den Kämpfen in Moskau und Petrograd AnarchistInnen eine wesentliche Rolle. Auch wurde die „weiße“ Reaktion nicht im Norden von der „Roten Armee“ geschlagen, sondern im Süden (in der Ukraine), wo AnarchistInnen bei der aufständischen Landbevölkerung in regionalen Partisaneneinheiten kämpften. Während dieser Zeit blieb das Verhältnis der Bolschewiki zu den (nach dem Vorbild von 1905 und Februar 1917 wiederentstandenen) Räten rein taktischer Natur. Sie propagierten zwar die Parole „Alle Macht den Räten“, was jedoch angesichts ihrer streng zentralistischen Organisation in einer Partei etwas seltsam anmutete. Für die Bolschewiki hätte die Verwirklichung der Parole nämlich bedeutet, ihre Macht an die „ungebildeten Arbeiter“ abzugeben, die nach Lenins Auffassung nur im tradeunionistischen Sinne denken können (Lenin in: Was tun?). Daher bekannten sich die Bolschewiki zwar zunächst zu den Räten, jedoch nur, um ihre Führung zu übernehmen und sich später konsequenterweise aufzulösen und die Gefängnisse und Hinrichtungsstätten mit ehemaligen „Kampfgefähr-

tInnen“ zu füllen.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir selbstverständlich eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Politik, bzw. den Verzicht auf solche Geschichtsverzerrungen, wenn wir zu einer Gedenkdemonstration für eine von Faschisten ermordete Genossin aufrufen, die dieser Politik der Bolschewiki ebenfalls sehr (!) kritisch gegenüberstand. Insbesondere die Tatsache, daß „gewisse Gruppen“ (mehr wollen wir gar nicht sagen) sich nicht scheuen, Rosa Luxemburg für Ziele einzuspannen, die deren Auffassung von sozialistischer, menschlicher Politik absolut zuwiderlaufen, gebietet es schon aus Respekt vor Rosa Luxemburg, das Thema „Fehler der Bolschewiki“ in so einem Aufruf anzuschneiden.

Auch das in diesem Zusammenhang vorgebrachte Argument der AA/HD, Lenin und Luxemburg stünden auf der selben Seite (gegen kapitalistische Barbarei und Krieg), seien nun mal Teil unserer Geschichte und die eigentliche sei das Heraussuchen bzw. Aussondern positiver Aspekte dieser Geschichte, läßt es uns eiskalt den Rücken runterlaufen. Welche Vorstellungen von politischer Kontinuität herrschen denn in der AA/HD? Muß mensch sich jede Fehlentwicklung, jeden Exzess, jede Pervertierung, jeden Denkfehler zu eigen machen, bloß weil diese irgendwann einmal als „links“ definiert wurden? Außerdem war es schon immer eine Eigenart einiger „linker“ Gruppen, sich auf Sachen zu beziehen, die lange her oder räumlich weit weg waren. Die Situation heute, hier, für uns läßt sich nicht mit „damals“ und „dort“ vergleichen.

Wir, als Autonome/Linksradikale, sehen unsere Bezugspunkte hauptsächlich in der (kurzen) Geschichte der undogmatischen Linken in der BRD und Europa. Wir haben an der „diffusen autonomen Szene“ immer geschätzt, daß gerade Denkverbote und vor allem Sachzwangsargumente häufig kritisch gesehen wurden (bzw. gesehen werden sollten!). So versuchte bspw. 1981 ein Mensch in der „radikal“, autonome Politik so zu definieren: „... wir kämpfen für uns und führen keine StellvertreterInnenkriege, alles läuft über eigene Teilnahme, Politik der ersten Person. Wir kämpfen nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk, nicht für Ideologien, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen...“.

Fazit: Wie schon gesagt, wir finden die Antwort der AA/HD ausweichend, inhaltlich schwach und ihrem Ansatz (den Kampf gegen jede Unterdrückung führen zu wollen) nicht gerechtwerdend, da dazu auch die kritische Auseinandersetzung mit anti-emanzipatorischen, staatskapitalistischen Systemen ehemaliger „Ostblockstaaten“ gehört.

zwei Autonome

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

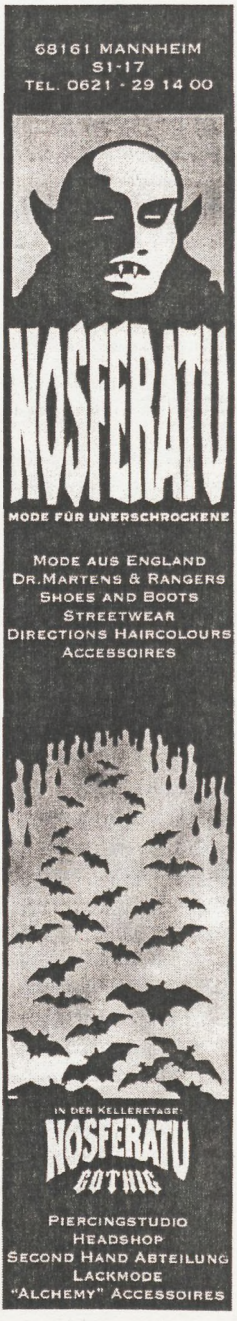
Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

Dolchstoßende Argumente der Legendenbildung

Es hat in der Geschichte der Sabotage *noch nie einen LeserInnenbrief gegeben, der innerhalb des autonomen Redaktionskollektivs kontroverser diskutiert worden ist als der folgende. Dabei handelt es sich um eine uns* unkommentiert *und völlig* bezuglos *zugesandte Stellungnahme des „Zentralkomitees" der „Freien Arbeiter Union/Anarchistische Partei" (FAU/AP) zum „Angriff des Berliner Frontstadtpöbels auf den Gemeinschaftsstand von FAU/AP, NKFDDR und NICHTKONFORM" bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration in Berlin am 11.01.1998. Wir haben lange mit uns gehadert, sind unsicher zwischen „abdrucken" und „nichtabdrucken" hin- und hergesprungen, waren uns nie vollkommen der Tragweite unseres Tuns bewußt. Und haben uns dann schließlich doch dazu durchgerungen, ihn mit ein paar „Vorbemerkungen" zu veröffentlichen. Auch wenn uns berechtigterweise der Vorwurf gemacht werden kann, dieser „revolutionären »Massen«partei der Arbeiterklasse in BRD und besetzter DDR" nicht nur eine printmediale Plattform für ihre platte Demagogie zu verschaffen, sondern sie via inhaltlicher Auseinandersetzung mit ihren kruden Vorstellungen und Herangehensweisen auch noch „aufzuwerten", so hatte bei unserer Entscheidungsfindung letzten Endes das zeitungstechnische Einlösen* politischer Verantwortung *Priorität. Wir haben als „Bewegungsmelder für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen" die revolutionäre Pflicht, unserer LeserInnenschaft die Partizipation an Disputen zu ermöglichen, indem wir sie* über die Sabotage *transparent machen. Auch wenn - oder gerade weil!? - sie unangenehme Reaktionen heraufbeschwören (könnten) und uns eventuell ins „politische" Fahrwasser von „Linken" bringen, mit denen wir kaum gemeinsame Basen haben.*

Die FAU/AP ist genau so *eine Gruppierung/"Massen"partei, auf die das Ausgeführte in allen Punkten zutrifft! Und bisher hatten wir das „Glück", uns in gewissensberuhigender Distanz zu dieser „anarchistischen"«„Partei" (Oxymoron!) zu suhlen. Bis zu jenem Tag, als uns ein Brief der FAU/AP „ins Haus" flatterte und uns* direkt *dazu zwang, in* irgendeiner *Form Stellung zu beziehen, auch wenn wir den Referenzpunkt des Zugesandten zunächst einmal selber suchen mußten. Der Anlaß dieses Briefes - und nur auf diesen wollen wir uns im folgenden beziehen - ist wohl der im Namen des autonomen Redaktionskollektivs veröffentlichte, „konterrevolutionäre" Artikel „*Anmerkungen zur Luxemburg/Liebknecht - Demonstration in Berlin*" (*Sabo *Nr. 28, 02/98), in dem gegen Ende auf die tätlichen Auseinandersetzungen mit StalinistInnen eingegangen wird. Nun gehen wir - wie immer - von einem ausreichend hohen Reflexionsgrad unserer LeserInnenschaft aus, der dazu befähigt, das in der* Sabo *Gelesene autogen zu analysieren und dann - wenn's sein muß - ad absurdum zu führen. In diesem Fall aber wäre ein bloßes Dokumentieren nicht nur absolut kontraproduktiv und verwirrungsstiftend gewesen, sondern wäre auch noch vollkommen an unserer Intention vorbeigefahren: Wir wollen ja nicht nur, daß transparent wird,* wie *das autonome*



Redaktionskollektiv seinem eigenen „Auftrag" gerecht wird und zu einer politisch irrelevanten stalinistischen Splittergruppe steht (das dürfte nach einmaliger *Lektüre* irgendeiner Sabo *sowieso klar sein), sondern auch, daß sich möglichst alle Gruppen/ Einzelpersonen, die in Heidelberg oder anderswo mit VertreterInnen der FAU/AP zu tun haben, fragen, mit* wem *sie es da zu tun haben. Und genau* das *müßte nach dem Lesen dieser Stellungnahme eigentlich auf der Hand liegen. Sie hat als Text genug Potential, auf denkbar kleinster Fläche innerinterpretatorisch eine maximale Anzahl an Angriffsflächen für niederschmetternde Kritik zu bieten: Vom völlig unkritischen Einsatz faschistischer Terminologie („Dolchstoßlegende") über menschenverachtende Verbalradikalismen („ich schlitz dich auf", „wo der Einsatz eines* ***Kampf****messers erforderlich und gerechtfertigt gewesen wäre"; „im übrigen gilt es, solchen Leuten ... offensiv das Handwerk zu legen") und widerwärtige Begriffsentgleisungen bei der Titulierung des vermeintlichen politischen Gegners („Bürgerkinder im Schmuddellook", „gekaufte[r] West-Berliner Frontstadtpöbel") bis hin zur provokanten Stilisierung Stalins zum „Genossen" ist in diesem kurzen Text wirklich alles zu finden, was dem Aufbau einer freiheitlichen, solidarischen und räterepublikanischen Gesellschaft gegenübersteht. In diesem Sinne hoffen wir, durch Abdruck und kommentierenden Einleitungstext eine Auseinandersetzung innerhalb der linksradikalen, außerparlamentarischen Linken in der Region zu aktivieren, die auch durchaus in der* Sabo *ausgetragen werden kann. Außerdem wünschen wir uns selbstverständlich, daß wir durch das Dargelegte glaubhaft vermitteln konnten, weshalb wir für* so *einen Text* Sabo-*Platz verschwendet haben, der sonst anderweitig hätte genutzt werden können. Das wird aber hoffentlich das letzte Mal gewesen sein.*

-Sabotage

Zur neuen Dolchstoßlegende

» Über den Angriff des Berliner Frontstadtpöbels auf den Gemeinschaftsstand von FAU/AP, NKFDDR und NICHTKONFORM bei Karl und Rosa 98, sowie seine höchst angebrachte Zuückweisung

Gar schreckliche Geschichten werden da von einigen Bürgerkindern im Schmuddellook über eine wenig erfreuliche Begebenheit am Gemeinschaftsstand von FAU/AP, NKFDDR und NICHTKONFORM (einer kommunistischen Zeitungsgruppe) bei Karl und Rosa 98 erzählt. Von blutrünstiger Messerstecherei bis „Stalinist" bedroht Knilch mit Messer ist da die Rede, das Massaker eines Amokläufers scheint harmlos dagegen zu sein. Doch die Wirklichkeit war viel banaler.

Während des Vorbeizugs der Demo an den Ständen machte sich eine Gruppe mit Sprüchen wie „Kein Hitler - kein Stalin - kein Vaterland - benutzt den eigenen Verstand" bemerkbar, welche als Block in der Demo lief. Diese Gruppe entdeckte beim Vorbeitrotten auf der Standseite von NICHTKONFORM ein Stalinbild, Figuren aus der Gruppe traten daraufhin gegen das Stalinbild und versuchten, es zu entfernen, die drei älteren kommunistischen Genossinnen und Genossen hinter dem Stand wurden als Faschisten und Rote Nazis beschimpft für die Rosas Ausspruch, daß die Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden sei, nicht gelten würde, und Genosse Stalin wurde mit Hitler gleichgesetzt. Die älteren Genossen setzten sich zur Wehr, einer nahm das Stalinbild, hielt es hoch und skandierte berechtigterweise dagegen. Daraufhin wurde er tätlich angegriffen, das Stalinportrait wurde ihm von hinten weggerissen, von vorne wurde auf den älteren Genossen eingeprügelt. Zu dem Zeitpunkt stürmten jüngere Genossen von der Partei und SG, alarmiert und vom Flugblattverteilen zurück an den Stand und gingen massiv dazwischen, um den Stand zu verteidigen und erst mal wieder Ruhe herzustellen - was auch gelang. Daß der ältere Genosse von NICHTKONFORM hier in dieser Situation sein Schweizer Taschenmesser aus der Tasche genommen hat, es vor Angst und Aufregung nicht einmal öffnen konnte und einem Aggressor zurief „Ich schlitz dich auf", mag zum Zeitpunkt nicht notwendig und etwas ungeschickt gewesen sein, aber ein solches Messerchen ohne Arretierung ist für Kampfhandlungen kaum ge-

eignet, sondern führt dabei eher zur Eigenverletzung, andererseits wäre bei entsprechender Eskalation der Situation durch die Aggressoren durchaus eine Situation am Stand denkbar gewesen, wo der Einsatz eines Kampfmessers erforderlich und gerechtfertigt gewesen wäre, denn derartige Angriffe auf unseren Gemeinschaftsstand sind durch nichts zu rechtfertigen und werden auch künftig entschieden zurückgeschlagen! Es ist dem entschlossenen Eingreifen unserer Genossen sowie der einsetzenden Solidarisierung durch türkische Genossen, DKPler und Redskins etc. mit uns zu verdanken, daß es hier durch die Aggressoren nicht zu einer für alle Linken schädlichen Eskalation gekommen ist.

Leute, die der im Auftrag der CIA und der amerikanischen Regierung ersonnenen Totalitarismustheorie, wie sie auch das Grundgesetz der BRD zum Ausdruck bringt, anhängen, welche behauptet, daß Sozialismus gleich Faschismus sei und Hitler gleich Stalin, haben auf einer Demo und Ehrung für Lenin, Liebknecht und Luxemburg nichts verloren, denn offensichtlich reicht ihr Verstand nicht aus, um zu begreifen, daß Stalin Lenins Weg in Theorie und Praxis, sowohl, wo er Recht hatte als auch dort, wo er sich irrte, z. B. in der Staatsfrage und der mangelnden Umgestaltung der Basis, nur konsequent fortsetzte. Im übrigen verdanken wir ihm die Befreiung vom Hitlerfaschismus. Deshalb hat das Bild Stalins sehr wohl etwas auf der Karl und Rosa zu suchen, nicht im Sinne von Heiligenkult, sondern, um aus der Geschichte und der Erfahrung der Revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer bisherigen Sozialismusversuche zu lernen, um es beim nächsten Mal richtig zu machen. Darüber hinaus muß gesagt werden, daß wir auch jeden anderen linken Stand bei Karl und Rosa gegen derartige Angriffe verteidigt hätten, selbst den von den Trotzkisten. Denn hier gilt es, das Prinzip der Agitationsfreiheit für alle Linken solidarisch zu schützen. Leute, die für derartigen Zoff bei Karl und Rosa sorgen, sind, egal wie zerstritten die Linke sein mag, keine Linken, mögen sie sich zu Unrecht Autonome, Anarchisten oder sonstwas schimpfen, sie sind objektiv zutiefst reaktionär und stehen schlicht in der Tradition des gekauften West-Berliner Frontstadtpöbels. Sie sollten vielleicht nächstes Jahr besser als Diepgen-Jugend eine Veranstaltung mit selbigem für solche unschuldigen Opfer stalinistischer Gewalt wie den Freikorpsmann Runge etc. machen, statt im Grunde das ganze Gedenken für Karl und Rosa anzugreifen, denn auf Übergriffe wie diesen wird man sich künftig vorbereiten. Im übrigen gilt es, solchen Leuten, die bereits auf der Auftaktkundgebung türkische und kurdische Genossen provozierten und auch sonst für einigen konterrevolutionären Ärger in Berlin verantwortlich sind, offensiv das Handwerk zu legen, denn einer sachlichen, durchaus kritischen oder gar solidarischen Diskussion scheinen diese Leute nach unserem Eindruck nicht zugänglich zu sein.«

Heidelberg, den 25. Januar 1998

Freie Arbeiter Uninon/
Anarchistische Partei
Zentralkomitee

Punk in Heidelberg oder wie das AZ HD seine Wurzeln verrät

Punk in Heidelberg ist definitiv tot! Es gibt nur noch fünf, wenn nicht weniger Menschen, die daran noch Interesse haben oder sich in der Richtung engagieren.

Die Linke, die allgemein einen sehr starken Bezug zu Punk (nicht nur die Musik) hat/haben sollte, hat es in Heidelberg geschafft, so ziemlich jede Abgrenzung zur ach so verpönten Gesellschaft fallen zu lassen. Der Terminplan des Schwimmbadclubs oder des Karlstorbahnhofs weist erstaunliche Ähnlichkeiten zum AZ-Terminkalender auf. Fünf größere Parties gab es allein im Februar. Die Preise sind zwar O.K., aber das rechtfertigt ja nicht alles, vor allem nicht, wer dort alles Parties durchführt. (siehe 12. Februar - „BRONX")

Und dann die Musik, die auf den stark frequentierten Discos kommt: vor weniger als fünf Jahren bezeichneten die Autonomen die Mucke unter anderem noch als sexistisch, heute wird fleißig dazu Bier getrunken. Wen schert es in HD noch, was früher war! Eine Menge Menschen organisierten früher Punkkonzis in irgendwelchen Juzes, heute gibt es nur noch Techno oder Arbeiterlieder.

Der Versuch der KonzertorganisatorInnen, Punk im AZ wieder hoffähig zu machen, scheiterte kläglich. Heidelberger BesucherInnen konnte mensch oft an beiden Händen abzählen! Wir alle leben eben in einer Studentenstadt, da interessieren die Menschen sich nicht für Punk und die dazugehörige Musik. Wir wollen alle gegen den Strom schwimmen, subversiv sein, aber abkapseln von der Gesellschaft will mensch sich dann doch nicht. Darum gab es am 21. Februar auch eine Faschingsparty. Dazu sage Ich nur: Heidelberg Alaaf!

Euer Klausi Beimer

Dokumentation

WIR HABEN IN DER
NACHT ZUM 6.2.98
EINEN REISEBUS DER
FIRMA KAEFERSTEIN
IN HEIDELBERG
PLATTGEMACHT WIR
HINTERLIESSEN DIE
BOTSCHAFT
KEINE NAZIBUSSE
NACH PASSAU - NPD
KONGRESS VERHIN-
DERN
UNTERSTUETZERINNEN
VON NEONAZIS ZUR
RECHENSCHAFT ZIEHEN

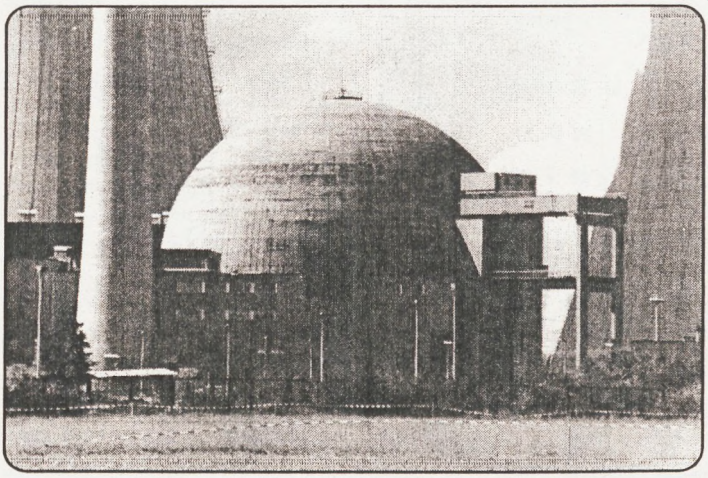
AUTONOME
ANTIFAS

Castor-Alarm Neckarwestheim-Ahaus
Nix fährt mehr!

Gleich nach dem letzten Castor-Transport nach Gorleben haben die Betreiber des Atomkraftwerks Neckarwestheim (bei Heilbronn) und Frau Merkel den nächsten Transport in ein „Zwischen"-lager angekündigt. Diesmal in das westfälische Ahaus, weil die Atommafia glaubt, dort mit nur geringem Widerstand gegen die Atommülltransporte rechnen zu müssen. Dies ist ein Irrtum! Für den nächsten Transport sollen allein dort 18000 PolizistInnen aufgeboten werden, um den Widerstand von Anfang an in einer Übermacht zu erdrücken. Nicht mit uns!

Ausstieg sofort!

Die Atomindustrie befindet sich in einem Entsorgungsdilemma, denn der beim Betrieb eines AKWs anfallende radioaktive Müll muß „entsorgt", d.h. zehntausende von Jahren „sicher" gelagert werden. Der Nachweis der Entsorgung des Atommülls ist für die AKW-Betreiber die gesetzliche Voraussetzung für die Betriebsgenehmigung der Atomkraftwerke. Nirgendwo auf der Welt existiert jedoch ein sicheres atomares Endlager noch kann es je eines geben, denn die sichere Lagerung für so einen großen Zeitraum ist unmöglich. Statt die einzige Konsequenz zu ziehen und durch die sofortige Stillegung der AKWs die Müllproduktion zu stoppen, soll die jahrzehntelange „Zwischenlagerung" in Ahaus und Gorleben den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke sichern; und zwar ganz im Sinne der Stromkonzerne und der Atomlobby und ohne Rücksicht auf die gewaltigen Risiken. Die direkte „Zwischenlagerung" ist für die Kraftwerksbetreiber erheblich billiger als der Weg über die sogenannte „Wiederaufarbeitung" (WAA). Da zudem einerseits die Verträge mit den WAAs auslaufen und andererseits der Atommüll aus der Wiederaufarbeitung ebenfalls von Deutschland zurückgenommen werden muß, kommt den beiden „Zwischenlagern" eine zentrale Funktion zu. Castor-Transporte sind die Achillesferse der Atomindustrie, denn wenn die Lagerkapazitäten an den



AKWs erschöpft sind, müssen diese abgeschaltet werden. An diesem Punkt setzt unser Widerstand an, um das gesamte Atomprogramm zu kippen.

Den Castor gar nicht erst rauslassen

In der Zeit vom 20. bis 25. März 1998 sollen vom AKW Neckarwestheim und vom AKW Gundremmingen (Bayern) je drei Castorbehälter nach Ahaus gebracht werden. Alle sechs Behälter sind bereits beladen und stehen transportbereit im jeweiligen AKW.

Das heißt für uns im Süden, alle Kräfte auf Neckarwestheim zu konzentrieren und dafür zu sorgen, daß die drei Behälter im AKW bleiben. Diese sollen nach dem Willen der Betreiber fünf Kilometer auf der Straße nach Wahlheim gebracht werden und dort in dem Kohlekraftwerk auf die Schiene verladen und mit den drei Behältern aus Gundremmingen zusammengekoppelt werden. Die Anzeichen verdichten sich, daß der Straßentransport für den 20.März geplant ist.

Die ganze Woche über werden Aktionen stattfinden und ungefähr zwei Tage vor dem anzunehmenden Transporttermin wird eine Blockade vor dem AKW begonnen.

Falls der Castor es doch schaffen sollte, diese erste große Blockade zu durchbrechen, besteht auf dem fünf Kilometer langen Straßenabschnitt

Termine

für Heidelberg:

07. und 08.03.: Gewaltfreies Aktionstraining. Themen sind je nach Interesse Verhalten auf Aktionen, Konsensfindung, Juristisches, u.a. (Infos und Anmeldung siehe Veranstaltungskalender Seite 22)

14.03.: Infotisch und Aktion in der Hauptstraße

für Neckarwestheim:

ab dem 22.02. jeden Sonntag: Sonntagsspaziergänge in Neckarwestheim, 14 Uhr, Bahnhof Kirchheim/Neckar

15.03.: Auftaktdemo, 14 Uhr Bahnhof Kirchheim, im Anschluß daran Bezug der Camps

zwischen dem 20. und 25.03.: werden drei Castorbehälter vom AKW Neckarwestheim per Staßentransport zum Kohlekraftwerk Wahlheim gebracht.
Eine große, bunte vielfältige Blockade vor dem AKW beginnt **ein bis zwei Tage vor dem Transporttermin**

ab 20.03.: Ankunft drei weiterer Castorbehälter aus dem AKW Gundremmingen

22.03.: Demo nach Wahlmeim, 14 Uhr, Bahnhof Kirchheim/Neckar

ab 22.03.: Schienentransport des Six-Packs nach Ahaus

dann: Aktionen entlang der Strecke und Ahaus selbst

für Ahaus:

15.03.: großer Sonntagsspaziergang, 14 Uhr

ab 19.03.: Bezug der Camps

21.03.: Auftaktdemo, HBF Münster, 12 Uhr

noch genug Gelegenheit, ihn wieder anzuhalten, bevor er in Wahlheim ankommt. Auch sollte verhindert werden, daß die drei Behälter aus Gundremmingen in das Kohlekraftwerk gelangen.

Am 22. März wird eine zweite große Demonstration stattfinden, welche dann zum Kohlekraftwerk führen wird.

Ab diesem Tag ist damit zu rechnen, daß das Six-Pack aus Wahlheim Richtung Ahaus losfährt.

Am Bahnhof in Kirchheim wird während der ganzen heißen Phase ein **Infobus** als Anlaufstelle stehen.

Es ist wichtig, Widerstand vor Ort zu leisten, um zu einer Dezentralisierung beizutragen und zu zeigen, worum es eigentlich geht: **Die Stillegung aller AKWs! - überall!**

Kampf der Atomwirtschaft
Kampf dem herrschenden System

Anti-AKW-/CASTOR-Guppe
c/o Umweltprojektwekstatt im EWZ,
Am Karlstor 1 69117 Heidelberg
Tel/Fax: 06221/978927
Treffen: Montag 19 Uhr
Offenes Büro im Karlstorbahnhof

Adressen

Neckarwestheim:
Aktionsbündnis Castorwiderstand Nekkarwestheim, z.Hd. Demo Z, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg

Infotelefon: 07141/903363 Mi 17-19 Uhr, sonst AB, in der heißen Phase ständig besetzt

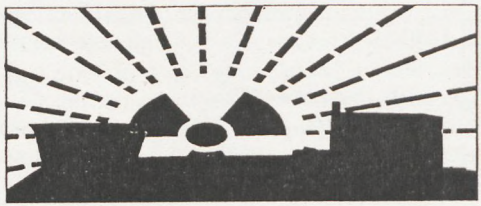
http://www.i-st.net/~buendnis/

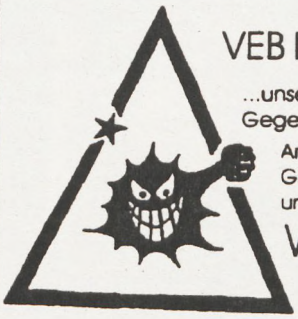
Ermittlungsausschuß: 07131/962627

Ahaus:
BI „Kein Atommüll nach Ahaus“, Bahnhofstr. 51, 48683 Ahaus, Tel: 02561/961791

Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57; 48151 Münster, Tel: 0251/521112

Infotelefon: 02561/961799





VEB laut & lästig Konzerte und mehr

...unsere Idee ist es nach wie vor Politik, gute Stimmung und Gegenkultur miteinander zu verbinden.

Antifaschistischen, anarchistischen und autonomen Gruppen bieten wir eine Plattform für Gegenöffentlichkeit und unterstützen sie durch Spenden.

Wir suchen weiterhin Bands !

VEB laut & lästig c/o Schwarzwurzel
Jakob-Binder-Str. 10 67063 Ludwigshafen

Solidarität ist eine Waffe
Rechtshilfeberatung und Information

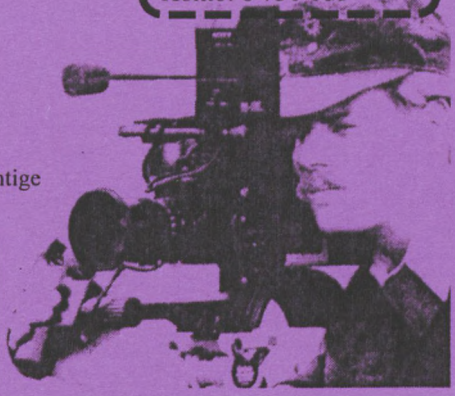
Die Rote Hilfe e. V. Ortsgruppe Heidelberg bietet allen von staatlicher Repression Betroffenen individuelle Rechtshilfeberatung an.
Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, ReferentInnen der Roten Hilfe einzuladen, die Informationsveranstaltungen zum Thema „*Rechtshilfetips*" durchführen. Bei Interesse wendet euch schriftlich an unsere Postadresse oder Faxnummer.
Die Themenbereiche, über die wir informieren, beinhalten folgende Schwerpunkte:

1.) Verhalten bei üblichen politischen Aktivitäten
- Infostand
- Veranstaltungen
- Demos
- Plakatieren
- Herstellen und Verteilen von Flugblättern

2.) Verhalten gegenüber Polizei und VS
- Verkehrs- und Personenkontrollen
- Vorladung zur Vernehmung
- Hausdurchsuchung
- Vorläufige Festnahme oder Verhaftung
- Untersuchungshaft
- Hauptverhandlungshaft
- Aussageerzwingungsmaßnahmen und Beugehaft
- Erkennungsdienstliche Behandlung
- Sonderbehandlung für § 129a und § 129-Verdächtige
- Datenerfassung, Telefon- und Postüberwachung
- Verfassungsschutz und andere Dienste

3.) Verhalten zu und bei AnwältInnen
- Auswahlkriterien
- Vertrauensverhältnis
- Was soll/muß/darf ich meiner Anwältin erzählen

Rote Hilfe e. V.
Ortsgruppe Heidelberg
Postfach 103162
69021 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 16 44 89
Spendenkonto:
Heidelberger Volksbank
(BLZ 672 900 00)
Konto: 8 731 101



Die Rote Hilfe OG HD empfiehlt folgende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

Gerhard Härdle:	(0 62 21) 4 60 17	Uwe Nebel:	(06 21) 8 32 30 07
Elke Nill:	(0 62 21) 4 60 17	Haro Croissier:	(0 62 21) 1 20 67
Safiye Yüksek-Bicer:	(0 62 21) 4 60 17	Karl-Heinz Schnell:	(0 62 21) 1 20 67
Peter Koch:	(0 62 21) 8 54 19	Klaus Flock:	(0 62 21) 1 20 67
Wolfgang Schmid:	(0 62 21) 18 34 37	Wolfgang Ferner:	(0 62 21) 1 31 80
Martin Heiming:	(0 62 72) 5 30	Münch und Stasiak:	(0 62 21) 1 08 89

JUZ MA

Selbstverwaltet Antifaschistisch

Termine im März 1998

SA, 07.03. Krempelmarktfrühstück 8 Uhr
VEB laut & lästig präsentiert:
GBH, PESTPOCKEN, GIFT UND GALLE
und ARTGERECHT 19 Uhr

FR, 13.03. Spiritual - Night 22 Uhr

SA, 14.03. N.E.W.I.W. - die Mitternachtsdisco 23 Uhr

FR, 20.03. Soz-Päd-Fete 20 Uhr

DO, 26.03. Billigbiertag 19.30 Uhr

FR, 27.03. Newcomer-Konzert mit Bands aus der Region 20 Uhr

SA, 28.03. VEB laut & lästig präsentiert:
SCATTERGUN, ELMEX und ICE OF WAR 20 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag: Café Grafenwalder ab 18°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°
Jeder 2. Montag: Didgeridoo lernen + spielen ab 19°°
Jeden 2. Mittwoch im Monat: Frauenkneipe ab 19°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim